

Sozialdemokrat

Prag, II.
Bernské ul. 7.

Deutscher sozialdemokratischer Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Ks 16.—
vierteljährlich . . . 42.—
halbjährig . . . 80.—
jährig . . . 152.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarke.

Druckerei mit Ausnahme
des Montags (Sabbat) ruht

8. Jahrgang.

Dienstag, 31. Jänner 1928.

Nr. 26.

Schlußtagung des sozialdemokratischen Kongresses.

Referate Winters und Schäfers über Sozialversicherung und Sozialpolitik, Debatte, Beschlüsse. — Eine Fest- und
Kampfredede Soukup's. — De Wittes und Hamp's Schlußwort.

Nach dem Kongreß.

Die Freude über den erhebenden und be-
geistern den Verlauf des Verbrüderungs-Kon-
gresses der sozialdemokratischen Parteien unseres
Landes wird in den Herzen aller Teilnehmer
dieser bedeutungsvollen Tagung unauslöschliche
Eindrücke hinterlassen. Unter den Delegierten
war gewiß keiner, für den dieser Kongreß nicht
einer der schönsten Lichtpunkte seines Parteile-
bens war, denn jeder war sich bewußt, daß
sich hier nicht nur eine entscheidungsvolle Wen-
dung in der Geschichte der Arbeiterbewegung
des Landes, sondern auch ein wichtiges, in
seinen Wirkungen noch unabsehbares politisches
Ereignis vollzog, und daß in Millionen von
Not und Sorge gedrückter Arbeitsmenschen ein
starkes Hoffen neu aufblühen werde. Denken
wir an unseren letzten Teplitzer Parteitag zu-
rück: wie damals der im Proletariat nie er-
losene und fortdauernde Kampf der Schnel-
sucht nach Vereinigung der sozialdemokratischen
Kräfte auflebte und mit elementarer Kraft
alle Herzen entzündete! Die deutsche Arbeiter-
schaft streckte der tschechischen sozialdemokra-
tischen Arbeiterschaft und den Proletariaten aller
anderen Nationen offen, freudig und rüchlos-
los die Bruderhand entgegen. Auf uns können
Ihr bei der Verteidigung der Arbeiterrechte und
bei den Kämpfen um die großen Ziele des
Sozialismus und der Demokratie in jedem
Augenblick zählen, wir sind bereit! Das war
die Lösung, die von unserem Parteitag ausging.
Der Genosse Soukup hat damals als Vertreter
der tschechischen Sozialdemokratie den Parteitag
mit tiefempfundnen Worten begrüßt und auch
dem innigsten Wunsche der tschechischen Arbeiter
nach der internationalen Kampfgemeinschaft des
sozialistischen Proletariats Ausdruck verliehen,
dennoch blieb die bange Frage offen, ob die
Verhältnisse für unseren Zusammenschluß schon
reife geworden, die notwendigen Voraussetzungen
schon gegeben sind, und ob nicht noch lange Zeit
verstreichen werde, ehe dieser schönste Seh-
nachtsstraum jedes Sozialisten in Erfüllung
gehen werde. Der gute, ehrliche Wille und die
Entwicklung der Verhältnisse im Staate haben
den Optimisten unter uns Recht gegeben; rascher
noch, als man zu träumen wagte, beginnt der
Gedanke und Wunsch lebendige, greifbare For-
men anzunehmen. Wie jemand, dem ein großes
persönliches Glück zuteil wird, aber daran noch
nicht zu glauben wagt, so ging noch mancher
von uns zu diesem Kongreß: Ist es wirklich
wahr? Soll der Zauber der Zerrissenheit der
sozialdemokratischen Politik seinem Ende ent-
gegengehen? Werden wirklich von nun an
deutsche und tschechische Arbeiter Schulter an
Schulter gemeinsam für die Gestaltung der
proletarischen Geschichte in diesem Lande wirken
und kämpfen? Wird nach dem Kongresse nicht
wieder alles bleiben, wie es war? Sein Ver-
lauf, seine Beschlüsse, der auf ihm herrschende
Geist und der aus allen Reden hervorstechende
Wille, an der Beseitigung der noch bestehenden
Hindernisse mit aller Hingebung an die große
Sache zu arbeiten, hat allen Kleinmut, alle
Zweifel gebannt und die Ueberzeugung ge-
festigt, daß eine trübe Periode ihren Abschluß
gefunden hat, und daß wir an der Schwelle
einer neuen, besseren Zeit stehen, in der der
Weg der sozialdemokratischen Parteien in ein
und derselben Richtung führt.

Wenn der Kongreß kein anderes Ergebnis
gezeitigt hätte, als den gemeinsamen Kampf
gegen die Bürgerblock-Regierung und die von
ihr ausgehende Schandnovelle zur Sozialver-
sicherung zu organisieren, so wäre ihm auch
schon eine große Bedeutung zugekommen, den-
noch wäre noch beendeter Kampf — wie
immer sein Resultat gewesen wäre — bei der

Arbeiterschaft eine gewisse Enttäuschung unaus-
bleiblich gewesen. Was die Arbeiterschaft in all
den trüben Jahren vorher erlebte, das war
nicht bloß ein gemeinsamer Kampf um eine
aktuelle Forderung, um die Erreichung eines
einzelnen politischen Zieles. Sie wollte und
will die dauernde Bindung, die ideologische,
taktische und politische Einigung, in der aus-
tauschend schmerzlichen Erfahrungen geschöpften
Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse um so
größeren Schaden erleiden muß, je länger die
Entfremdung zwischen den sozialistischen Par-
teien andauert. Es ist wirklich so, wie auf dem
Kongreß gesagt wurde, daß das Proletariat
alles gute, was es besitzt, der Sozialdemokratie
zu danken hat, und daß in der heutigen Ge-
sellschaft der Arbeiterschaft nichts aus Liebe ge-
geben wird, daß sie vielmehr nur das hat, was
sie sich erkämpft. Ist die Sozialdemokratie, ist
die einzige Waffe, welche die Arbeiterklasse be-
sitzt, durch Uneinigkeit stumpf, dann triumphie-
ren ihre Klassenfeinde. Eine zeitweilige Kampf-
gemeinschaft wäre nur Stützwort gewesen, so
groß auch ihre augenblickliche Notwendigkeit
sein mag. Jeder Tag kann neue Gefahren, neue
Angriffe der Bourgeoisie gegen die Arbeiter-
klasse bringen. Aber nicht nur zur Abwehr heißt
es rüsten. Die Sozialdemokratie muß ein im
politischen Leben wirkender Faktor werden, sie
hat Aufgaben zu vollbringen, sie muß Macht
besitzen, um diese Aufgaben bewältigen zu
können. Sie muß, da ihr das Geschick der ar-
beitenden Massen auch in der Gegenwart anver-
traut ist, nicht nur eine Hoffnung für ein ferne-
liegendes Ziel sein, sie muß auch mehr als sie
es bis jetzt vermochte, die Hoffnung sein im
täglichen Ringen der Arbeiter um eine bessere
Existenz und um politische Freiheit. Das hat
der Kongreß in vollem Maße erkannt. In allen
Reden und im Manifest, das der Kongreß an
das arbeitende Volk aller Nationen erlassen hat,
ruft er zur Schaffung einer gemeinsamen
Abwehrfront und zum organisierten Kampfe
gegen das reaktionäre Bürgerregime auf, er gibt
auch den Willen aller sozialdemokratischen Par-
teien kund, die sozialdemokratische Internatio-
nale dieses Landes zur Tat werden zu lassen,
und er hat als ersten bindenden Schritt dazu
einen gemeinsamen Ausschuß einge-
setzt, dem nicht nur die Leitung der bevorstehen-
den Kämpfe, sondern auch alle die wirtschaft-
lichen, kulturellen und nationalen Probleme be-
treffenden programmatischen und organisatori-
schen Arbeiten, die zum erfolgreichen Ausgang
der Einigungsbemühungen nötig sind, obliegen.

Immer wieder muß es gesagt werden: es
wäre töricht, sich Illusionen hinzugeben, nicht
einzusehen, daß wir uns die volle Einheit
erst erarbeiten müssen, und daß noch manche
Schwierigkeiten vor uns liegen. Das Wesent-
liche, was uns getrennt hat, war die verschiedene
Einstellung zum Staate und die nationale
Frage. Warum wir uns bisher darüber nicht
zu einigen vermochten, das hat Genosse Be-
chyně in seiner klugen Rede treffend ausge-
drückt: „Auch wenn es wahr wäre, daß die
deutschen, magyarischen, polnischen Arbeiter in
das Lager des Irredentismus gehören, auch
wenn das wahr wäre — womit will den
unsere Bourgeoisie die Herzen
und Hirne dieser Millionenmasse
gewinnen? Mit Konfiskationen von Zei-
tungen? Mit der Unterwerfung? Mit lang-
jährigem Kerker? Mit dem Galgen? Soll sich
dieser Prozeß der Annäherung an den Staat
im Zeichen des tschechoslowakischen Hakenkreuzes voll-
ziehen?“ Als Antwort auf diese Fragen sagte
Genosse Bechyně, es sei Aufgabe der Nation,
die sich die Staatsnation nennt, die Angliederung
der Minderheiten an den Staat nicht
durch Drohungen oder Gewalt, sondern durch

eine gute demokratische, soziale und kulturelle
Politik herbeizuführen. Wenn aber auch die
Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zum
Staate, der dem tschechischen Volke die Sicher-
ung der nationalen Freiheit gebracht hat, eine
andere ist als die der tschechischen Arbeiter, so
sind sie doch Irredentisten niemals gewesen und
haben jede derartige, nur der Reaktion zum
Nutzen gereichende Abenteuerpolitik stets ab-
gelehnt. Schon auf ihrem Teplitzer Gründungs-
parteitag hat die deutsche Sozialdemokratie
den geschaffenen Staat als ihren neuen Kampf-
boden für die Erringung der sozialistischen Ziele
erklärt und hat sich bereit erklärt, hier mit den
Arbeitern aller Nationen brüderlich für diese
Ziele zu kämpfen. Es ist nur der Ausdruck ihrer
seit dem Bestande des Staates betätigten Stel-
lung, wenn in der vom Kongreß beschlossenen
Resolution ausgesprochen wird, daß die sozial-
demokratischen Parteien in der Tschechoslowa-
kischen Republik sich auf dem Boden des
Staates, auf den sie die Geschichte
gestellt hat und auf dem das Pro-
letariat aller Nationen zu ge-
meinsamem Schicksal auf Gedeih
und Verderb verbunden ist, und
dessen Ausgestaltung in einen sozialistischen
Staat ihr Ziel ist, zu brüderlicher
Zusammenarbeit zusammen-
schließen.

Das wichtigste und weit über den Tag hin-
ausreichende, das dem Kongreß zu danken ist,
das ist die sowohl in den Reden, als auch in
den Beschlüssen klar zum Ausdruck gekommene
Erkenntnis von der Mission der
sozialdemokratischen Parteien
zur Erfüllung jener Aufgaben,
die das Bürgertum schuldig ge-
blieben und zu der sich auch der
internationale Bürgerblock als
unfähig erwiesen hat. Wir können
uns, so sagte Genosse Dr. Meißner, nicht
darauf beschränken, die Regelung der nationalen

Verhältnisse jemandem anderen zu überlassen
und sie dann zu kritisieren, sondern unsere
Pflicht ist es, das Problem selbst zu lösen, denn
zur Lösung der nationalen Frage sind in erster
Linie die Sozialisten berufen. Und in der ge-
schaffenen Einigung werden die sozialdemokra-
tischen Parteien aufgefordert, den Einfluß und
die Macht der Arbeiterklasse in diesem Staate
zu stärken und ausschlaggebend zu machen, um
eine wirkliche Verständigung zwi-
schen den Nationen herbeizufüh-
ren und diesen seiner Mehrheit nach proletari-
schen Staat zu einer nicht nur politisch und
wirtschaftlich, sondern auch national und
kulturell gerechten Republik zu
gestalten. Das ist wohl noch kein klar um-
schriebenes Programm, nur ein Gelöbniß und
ein Wille, der hier ausgedrückt ist, aber nur
krasser Unverstand und Böswilligkeit können
den ungeheuren Fortschritt übersehen, der darin
zum Ausdruck kommt.

Das große Erlebnis unseres Kongresses
wird unvergessen bleiben und wird fortwirken.
Die sozialdemokratischen Parteien, die sich nach
fast einem Vierteljahrhundert zum erstenmal zu
gemeinsamer Tagung zusammengefunden haben,
sie werden sich, dafür bürgen schon die neu-
standenen Verantwortlichkeiten, nie wieder
trennen. Daß die Wiedervereinigung unter dem
Zwang der Verhältnisse erfolgt, darüber wird
nur der erstaunt sein können, der nicht weiß,
daß nicht Ideen, sondern ökonomische Verhält-
nisse die Triebkräfte des Geschehens sind. Die
Beendigung des Bruderkreites allein ist schon
geeignet, die Arbeiterschaft mit neuer Zuver-
sicht, neuem Glauben zu erfüllen. Wie erst die
sich so herrlich vollzogene Annäherung im Geiste
wahrhaft internationaler und sozialistischer Ge-
stimmung! Die totgesagte Interna-
tionale ist auf dem Marsche! Sie
ist die Bürgschaft der Siege bei
den kommenden Kämpfen des Pro-
letariats! W. N.

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Referat des Genossen Dr. Winter.

Der zweite Verhandlungstag wurde Sonntag
um 9 Uhr früh mit einem Referat des Genossen
Dr. Winter, eröffnet. Genosse Winter führte
aus:

Schon als sich das Ende des Krieges näherte und
es ersichtlich war, daß die Arbeiterschaft in der neuen
Regelung der Verhältnisse eine größere Bedeutung
haben werde, als sie sie vor dem Kriege hatte, wurden
zwei Hauptforderungen der Arbeiterklasse formuliert,
die von der neuen Gesellschaft erfüllt werden sollten:
die achtstündige Arbeitszeit und die Sozialversicherung.

So geschah es auch in der Tschechoslowakischen
Republik, in welcher die Stellung der Arbeiterschaft
einen anderen Charakter annahm, als in manchen
anderen Ländern.

Die tschechische und slowakische Arbeiterschaft be-
wußte sich an dem Aufbau dieses Staates mit ihrem
ganzen Gewicht, mit der ganzen Begeisterung der
wachsenden Klasse und mit allem Elan unverbrauch-
ter Kraft. Außerdem wurde bei uns der neue Staat
nicht nur aus eigener Kraft des Volkes geschaffen,
sondern auch aus internationalem europäischem Be-
dürfnis. Es wurde ein neuer Staat geschaffen, der
bereits vor 300 Jahren existiert hat. Er wurde
unter dem Eindruck geschaffen, den der Marsch der
tschechoslowakischen Legionen nach Sibirien in der
Welt hervorgerufen hat. Diese gewisse Dosis Roman-
tismus lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf die
Republik. Es war daher kein Wunder, daß wir alle
uns das zukünftige Leben in der Republik rosig vor-
stellten, als dies die Sozialisten in anderen Lan-
dern tun konnten und daß wir die Hindernisse des
praktischen Lebens leichter übersehen.

Das waren die Momente, welche bewirkten, daß
in der Republik zu Beginn nicht einmal der Schatten

eines Zweifels darüber aufstauete, daß beiden grund-
legenden internationalen Forderungen der Arbeiter-
klasse entsprochen werden müsse.

In der optimistischen Stimmung, die ich eben er-
wähnte, zweifelten wir nicht daran, daß ebenso wie
wir die anderen Staaten vorgehen werden und daß
unser Fortschritt uns keinerlei Beschwerden ver-
ursachen werde.

Diese zwei Hauptforderungen der Arbeiter unter-
scheiden sich grundsätzlich durch ihren ganzen Charak-
ter von selbst.

Die achtstündige Arbeitszeit läßt sich
einfach dekretieren. Es ist sicher nötig, ihre Folgen
für das Wirtschaftsleben zu erwägen, aber sobald er-
kannt wurde, daß es möglich ist, sie durchzuführen,
läßt sich sehr leicht gesetzlich durchsetzen. Es ist
höchstens nötig, den Betrieben eine kurze Uebergangs-
zeit zu gewähren, um sich vorbereiten zu können, um
die Erzeugung anpassen zu können und besonders, um
eine andere Regelung der Schichtwechsel u. d. einzufüh-
ren. Sie kann dekretiert werden, da sich ebenso
leicht jede technische Aenderung, ob nach oben oder
nach unten, durchführen läßt.

Ganz anders verhält es sich jedoch bei der So-
zialversicherung. Die Arbeiterschaft der mit-
teleuropäischen Staaten hat bei den Verhandlungen
über ihre Versorgung im Falle der Krankheit, des
Unfalls, der Invalidität und des Alters eine Ver-
sicherung und nicht eine staatliche Versorgung im
Sinne gehabt. Einerseits deshalb, weil sie nicht dar-
auf vertraute, daß der Staat die mit der Versorgung
des ganzen Volkes verbundenen Kosten tragen könnte.
Andererseits deshalb, weil sie nur bei einer Versiche-

zung sich den Einfluß auf die Durchführung der Versicherung wahrnehmen und damit eine zweckmäßige Regelung sichern und der Bürokratisierung dieser Institution vorbeugen konnte.

Die Arbeiterkassen Mittel- und Ostdeutschlands, indem sie die Versicherung anstrebten, bei einer langfristigen Versicherung mit einer Kapitaldeckung, da nur dieses System die unabhängige Existenz einer Versicherung für die Zukunft und ihre ungehinderte Entwicklung sichert.

Daher hat die Gesetzgebung der Sozialversicherung gewisser Vorbereitungen bedurft. Es war eine Vollziehung nötig, auf deren Verlauf der notwendige Einfluß genommen werden mußte. Es mußte die Entwicklung des Lohnniveaus geprüft werden, das sich in dieser Zeit häufig änderte, da die Währung nicht stabilisiert war. Es mußten durch genaue Berechnungen dieser Versicherung feste Grundlagen gegeben werden. Die Sozialversicherung ließ sich nicht einfach betreiben, da sie leichte Änderungen nicht zuließ.

Die Sozialversicherung konnte erst nach sorgfältiger Vorbereitung Gesetz werden.

Diese Verschiedenheit beider Gesetze bewirkte auch, daß jedes von ihnen zu einer ganz anderen Zeit gemacht wurde.

Das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit wurde in einer Zeit des größten Aufschwungs der Arbeiterklasse, unmittelbar nach dem Kriege herausgegeben, in der Zeit des allgemeinen Umsturzes, in einer Zeit, da den Forderungen der Arbeiterklasse entsprochen werden mußte, damit diese den Umsturz nicht noch verzögern, sondern im Gegenteil die öffentlichen Verhältnisse beruhigen helfe. In dieser Zeit war es verhältnismäßig leicht, das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit kompromisslos und sozial integral durchzuführen.

Ganz anders jedoch sahen die Verhältnisse der Arbeiter in jener Zeit aus, in welcher wir die Vorbereitungen für das Gesetz über die Sozialversicherung beendeten und in der wir sie verhandeln konnten. Das war schon in einer Zeit, da die Arbeiterbewegung durch die kommunistische Agitation bis auf den Grund gerüttelt war. Das war in der Zeit, da die Arbeiterklasse sich nicht mehr mit ganzer Kraft hinter diese ihre Grundforderung stellen konnte, da sie ihre ganzen Kräfte im brudermörderischen Kampfe erschöpft hat. Das war in der Zeit, da ein großer Teil der Arbeiterklasse von Theorien verblendet war, deren Haßgeist sich seit dieser Zeit in ihrer vollen Macht gezeigt hat, und jede Reform ablehnte, da sie in christlichem Glauben das Kommen des Messias in den nächsten Tagen erwartete. Das war in der Zeit, da ein großer Teil der Arbeiterklasse die Geltendmachung sozialer Reformen direkt als Verrat an den Arbeiterinteressen erklärte.

Der Bourgeoisie war es sehr gut bekannt, wie es in den Reihen der Arbeiter aus sah. Es ist daher natürlich, daß sie nicht gewillt war, den Forderungen der Arbeiterklasse so zu entsprechen, wie sie es unmittelbar nach dem Kriege getan hat. Wenn sie sich dessen bewußt gewesen wäre, daß es möglich sei, die Regierung ohne Hilfe der sozialistischen Parteien zu konstruieren, wenn sie nicht durch die Verpflichtungen der internationalen Koalition gebunden gewesen wäre, hätte sie schon gar nicht die Realisierung der Sozialversicherung zugelassen. Aber die Verhältnisse in der deutschen Bourgeoisie waren zu dieser Zeit noch nicht ganz reif. Daher hat die schtschowskische Bourgeoisie den Gedanken der Sozialversicherung angenommen.

Aber die Arbeiterklasse war schon nicht so stark, um mit allen ihren Forderungen auf diesem Gebiete durchzudringen.

In dieser Zeit waren wir bereits zu zahlreichen und weitreichenden Kompromissen gezwungen, wenn wir die Gesetzgebung der Sozialversicherung erreichen wollten.

Aber dieses Gesetz konnte nicht kurze Zeit nach seiner Kundmachung Wirksamkeit erlangen, wie es bei dem Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit

möglich war. Hier waren denn doch weitere Vorbereitungen notwendig.

Vorher dies aber geschah, wurden Neuwahlen in die gesetzgebenden Körperschaften durchgeführt, welche die Zersplitterung der Arbeiterklasse ziffernmäßig aufzeigten. Die kommunistische Partei schaltete sich durch ihre Politik vollständig von jeder Rechnung und durch den Verlust ihres Revolutionsgeistes von jedem Einfluß aus. Die übrigen Arbeiterparteien reichten dann nicht hin, um die Konzentrierung der schtschowskischen und deutschen Bourgeoisie zu verhindern. Zu Beginn der Wirksamkeit des neuen Gesetzes war daher die neue bürgerliche Koalition ihre Schatten, welche sich schon vorher bei der Verhandlung der Agrarzölle und der Kongruenz sehr gut bewährt haben.

Die Bourgeoisie hat es zwar nicht gewagt, auf das Gesetz direkt einen Angriff zu unternehmen und seine Verwirklichung hinauszuschieben, aber in zielbewusster, raffinierter Agitation konzentrierte sie sich auf die Parole, daß die Sozialversicherung teuer, daß sie unerrätlich ist und daß sie geändert werden muß und gleichzeitig war sie bestrebt,

die Zersplitterung der Arbeiterklasse und die frühere kommunistische Agitation gegen das Gesetz zu dem Zwecke auszunutzen, um in der Arbeiterklasse Unlust zur Versicherung und völlige Gleichgültigkeit zu verbreiten.

Die Presse der bürgerlichen Parteien konzentrierte direkt ein Trommelfeuer gegen die Sozialversicherung, die von der Regierung nicht in Schutz genommen wurde, wie es in jedem geordneten Staate und durch jede andere Regierung geschehen wäre, die sich ihrer Pflichten bewußt ist. Nach diesem Geschwätz konnte die Bourgeoisie zum Angriff übergehen. Durch ihre Regierung ließ sie einen Revellierungsentwurf vorlegen.

Es ist sicherlich überflüssig, vor den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse noch heute detailliert über seinen Inhalt zu sprechen. Ihnen ist bekannt, daß er drei Ziele verfolgt:

1. Die Verbilligung der Versicherung dadurch, daß sie eine Million Versicherten aus der Versicherung ausschließt, einige Hunderttausende von Versicherten in neu geschaffene niedrige Versicherungsanstalt einreißt, die Zentralsozialversicherungsanstalt um die der Heilfürsorge gewidmeten Ersparungen bringt und die Wirtschaft der Versicherungsanstalt auf eine Verzinsung von 4% stellt, welche die Versicherungsanstalt in Zukunft nicht erzielen kann, also bewirkt den Boden der Arbeiterversicherung untergräbt.

2. Bürokratisierung der Versicherung durch Erweiterung des Einflusses des Ministeriums für soziale Fürsorge auf die Zentralsozialversicherungsanstalt, obwohl das Ministerium nicht darauf vorbereitet ist.

3. Die Verwaltung der Versicherung völlig der Macht der Bourgeoisie zu überantworten.

Das ist der Inhalt des Entwurfes. Erst jetzt erkannte die Arbeiterklasse, welche Bedeutung die Versicherung hat.

Die Sozialversicherung wurde nach dem Kriege ohne besondere sichtbare Kämpfe erreicht. Die Kämpfe wurden damals innerhalb der Regierung geführt. Die Bourgeoisie durfte sich damals gegen die Idee der Sozialversicherung nicht wehren, wenn sie die Arbeiterparteien in der Regierung erhalten wollte. Die Arbeiterklasse sah daher weder Spieß von ihrer Seite, noch Widerstand von der anderen Seite und war daher geneigt, der kommunistischen Agitation zu glauben, welche behauptete, daß die Versicherung für nichts steht. Man bemerkte die Arbeiterklasse plötzlich die ungeheure Anstrengung der bürgerlichen Regierung, die Versicherung zu ändern. Nun begriff sie plötzlich, welche Bedeutung die Versicherung für die Arbeiterklasse hat. Die Vermutung der Regierung, daß die Arbeiterklasse die Novellierung der Versicherung leicht ertragen werde, wenn ihr eingegeben wird, daß die Versicherung verbilligt wird und daß sie die Nachteile der Novelle nicht bemerken werde, erwies sich als trügerisch. Unsere Voraussage erwies

sich als richtig, daß jedwede Novellierung auf den Widerstand der Arbeiterklasse stoßen wird, ohne Rücksicht darauf, zu welcher politischen Richtung sich die Arbeiterklasse bekennt.

Heute kann gesagt werden, daß unsere Bemühungen, die Sozialversicherung zu popularisieren, bei weitem nicht den Erfolg hatten, den die Regierungsnovelle hatte. Nun gelang es, den Widerstand gegen die Novelle bis in das letzte Dorf hinauszutragen.

Nun erst gelang es, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse auf den Inhalt des Gesetzes zu lenken und die Arbeiterklasse für seine Durchführung zu interessieren, ihre Vorteile und Motive, sowie ihre Unzulänglichkeiten auseinanderzusetzen. Nach agitatorischer Richtung hin hatte die Regierungsnovelle eine sehr legernde Wirkung, allerdings die ganz gegenteilige von der, die die Regierung erwartet hatte. Diese Bewegung beschränkte sich nicht nur auf die Arbeiterparteien, welche an dem Gesetze gearbeitet oder dafür gestimmt haben. Für die Verwirklichung der Sozialversicherung setzten sich auch die kommunistische Arbeiterklasse und zwang auch die Führung ihrer Partei, sie zu schützen. Die kommunistische Führung konnte es sich allerdings nicht verlagern, bei dieser Gelegenheit auch ihre Agitationsfähigkeiten zu wärmen und bewirkte eine Verstärkung unter der Arbeiterklasse. Dies ändert jedoch nicht viel an der Tatsache, daß die kommunistische Arbeiterklasse die Vorteile der Versicherung erkannte und daß sie sich gegen die geplante Novellierung stellt.

Aber nicht nur das: auch die christlich-soziale Arbeiterklasse, also ein Bestandteil der jetzigen Regierungsmehrheit, aus deren Reihen auch der jetzige Minister für soziale Fürsorge, sowie auch der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses hervorgeht, brachte ganz unversehrt zum Ausdruck, daß sie mit der Novellierung nicht einverstanden ist und mit dem Regierungsprojekt nicht übereinstimmt.

Unsere weitverzweigte Agitation erreichte auch die Selbstverwaltung, die sich überzeugte, wie namentlich die Gemeinden durch die Armenunterstützung belastet würden, wenn der Regierungsentwurf verwirklicht werden würde.

Wie jetzt auch die vorgelegte Novelle in den Regierungsparteien wirkte, beweisen die Wahlen in die Gemeindevertretungen. Die Regierung konnte daraus folgern, daß sie nicht nur niemanden aus der Arbeiterklasse, sondern nicht einmal die Mehrheit des Volkes überhaupt hinter sich hat.

Trotzdem glaubte die Regierung, daß sie die Novellierung bis Ende des Jahres 1927 Gesetz werden lassen kann. Diese Absicht ist allerdings nicht einmal gelungen, daß vor Ende des Jahres 1927 im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses die Debatte über den Sozialversicherungsentwurf eröffnet worden wäre.

Und so treten wir in das Jahr, in welchem der 10. Jahrestag der Existenz der Republik gefeiert werden soll, im Zeichen des leidenschaftlichsten Konfliktes zwischen der Bourgeoisie auf der einen und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite.

Die Situation ist für uns günstiger, sowohl sachlich, als auch politisch.

In unserer ganzen Öffentlichkeit fand sich nicht ein Mensch von angesehenem Namen, der sich zur Verteidigung des Regierungsentwurfes bereit erklärte und hätte. Weder die Regierung, noch ihre Mehrheit hatte den Mut, es zu tun. Der immer das Wort in der Diskussion, die wir eröffneten, ergriff, sprach sich sehr scharf sowohl gegen den Inhalt des Regierungsentwurfes, als auch gegen die Form und gegen die Art und Weise aus, in welcher er der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

Kein vernünftiger Mensch konnte begreifen, wie die Regierung und ihre Mehrheit die Novellierung der Sozialversicherung mit der Behauptung begründen kann, daß unsere Wirtschaft, die sich aus ihm er-

gebende Belastung nicht erträgt, wenn wir von der Zeit an, da die Versicherung in Wirksamkeit ist, eine so günstige wirtschaftliche Konjunktur haben, wie wir sie noch nicht hatten. Unsere Öffentlichkeit wird von Berichten über das Wirtschaftsleben überflutet, aber in keinem derselben ist auch nur ein Erwähnung davon, daß die Sozialversicherung die Entwicklung unserer Wirtschaft bedrohen würde.

Es ist allerdings wahr, daß die jetzige günstige Wirtschaftskonjunktur durch das Lebensniveau der Arbeiterklasse teuer erkauft ist.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung den Mut zu dem Antrag finden kann, daß bei der Arbeiterversicherung mit einer ständigen Verzinsung zu 4% gerechnet werde, wenn die private Verzinsung laut Anordnung derselben Regierung bei einer Verzinsung von 4% angelegt werden muß und wenn dieselbe Regierung eben jetzt durch den Mund ihres Finanzministers erklärt, daß der 4%ige Zinssatz ein Standardmaß ist, dem sich die Republik in kürzester Zeit nähern müsse, und wenn sowohl bei uns, als auch im Ausland der Zinssatz überhaupt rapid fällt.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung den Versuch wagen kann,

die Verwaltung der Versicherung zu bürokratisieren in einer Zeit, da sie von der Notwendigkeit der Vereinfachung der Verwaltung spricht.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung die Arbeiterklasse ihrer Nachstellung in der Arbeiterversicherung entziehen kann, wenn gleichzeitig die Bourgeoisie alle ihre Positionen in den übrigen Wirtschaftsinstitutionen eifrig bewacht und wenn in ganz Europa beobachtet werden kann, daß die Entwicklung wieder in entgegengesetzter Richtung geht.

In diese Situation geriet die Novellierung der Sozialversicherung in diesen wenigen Monaten, in welchen die Novellierungsbildung der Bourgeoisie die Form des Regierungsentwurfes annahm.

Es ist daher begreiflich, daß sich immer deutlicher und dringlicher Stimmen melden, daß

der Regierungsentwurf auf Novellierung der Sozialversicherung so kompromittiert

ist, daß er nicht Gesetz werden kann und daß immer öfter Ballons der verschiedensten Farben losgelassen werden zum Versuche, ob wir uns zu Verhandlungen über den Regierungsentwurf hinter den Rücken der Parteien lassen.

Von dem Augenblick an, in welchem im Parla- mente mit der Verhandlung über das jetzige Gesetz über die Sozialversicherung begonnen wurde, haben wir erklärt, daß dieses Gesetz bald einer Novellierung bedürftig wird. Nicht nur wegen seiner Unzulänglichkeiten die durch den Kompromißcharakter des Gesetzes hineingebracht wurden, sondern auch deshalb, weil wir erwarten mußten, daß die praktische Durchführung des Gesetzes verschiedene Unvollkommenheiten und Fehler aufzeigen wird, welche beseitigt werden müssen. Wir sind der Verhandlung über eine derartige Novellierung nicht ausgewichen, auch wenn jemand anderer als wir selbst entdeckt hätte. Aber eine solche Verhandlung war nur möglich bis zu der Zeit, bevor der jetzige Regierungsentwurf das Licht der Welt erblickte.

Wir hatten im Parla- mente noch keine Regierungsvorlage, die so augenscheinlich von Klassenparteilichkeit und parteilicher Befangenheit diktiert worden wäre, wie der Regierungsentwurf auf Novellierung der Sozialversicherung. Aus ihm geht direkt der Haß gegen die Arbeiterklasse und die Mißgunst gegen die sozialistischen Parteien.

Deshalb können wir uns an der Arbeit der Verbesserung eines so angelegten Regierungsentwurfes nicht beteiligen, wir dürfen nicht einmal von weitem einen Schatten des Verdachtes erwecken, daß wir die Verantwortung für eine Tat auf uns nehmen, welche wir als die schändlichste ansehen, die je in der Republik geschehen ist.

Copyright 1927 by Malik-Verlag K.-G., Berlin W. 59

Der falsche Prinz.

77 Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Als ich wieder in die Stube trat, sah ich am Fenster einen älteren Mann stehen, den ich vorher nicht bemerkt hatte. Er trug ein „Dankens am Stahlhelm“ — nein, es war nur die Melodie, der Text war mir neu: „Dankens am Stahlhelm, kämpf ich als Legionär...“ „Sterb für Frankreichs Ehre...“ Es war das Lied der deutschen Fremdenlegionäre. Still setzte ich mich zu den anderen. „Sterbe für Frankreichs Ehre...“ „War es nicht fürchterlich? Das Lied war verflucht. Mit lauter Stimme unterst ich jetzt der Mann mit einem jüngeren. So erfuhr ich, daß er bereits einmal bei der Legion gewesen war. „Keinen Tag bleib ich mehr hier im Land“, fuhr er fort. „Bin erst ein Jahr zurück, habe aber von Almagne die Schnauze voll. Arbeit kriegt man nicht, fressen darf man nicht, verdienen will man nicht, aber wenn man nicht mehr aus und ein weiß und zur Fremdenlegion geht, spucken sie einem in die Fresse und fangen an, vom Vaterland zu reden.“ Der andere, mit dem er sprach, entgegnete: „Ich bin jetzt über zwei Jahre ohne Arbeit. Was soll man da machen? Ich habe früher ne etwas mit der Polizei zu tun gehabt. Jetzt bin ich in einem Jahr dreimal verurteilt worden. Na, — mir ist alles egal.“

Inzwischen war es ganz dunkel geworden. Niemand sprach mehr ein Wort. Manchmal hörte man einen unterdrückten Seufzer. Niemand stand auf und warf sich auf ein Bett. Dann wieder Stille. Draußen ertönten die langgezogenen

Trompetenstöße des Zapfenstreiches: das Licht auf dem Hofe erlosch. Nur der Ton warf eine ungewisse, matte Helligkeit auf den Fußboden. Schon schnarrte der eine und der andere. Ein seltsames Gefühl der Zusammengehörigkeit mit diesen Menschen, unter denen ich lag, überkam mich. Ich meinte, unter ihnen geborgen zu sein. Nichts hatten wir vor uns, nichts hinter uns. In rätselhafter Ferne winkte eine ungewisse Fremde. Was erwartete uns in jenem glühenden, sonnen- durchfluteten Land? Wer konnte es wissen. Aber wir gehörten zusammen. Bisher waren wir allein durch die Welt geirrt. Aber hier wußte ich jeder von des anderen Leid, weil er es selbst mit durchgemacht hatte. Mancher von uns, die wir hier beisammen lagen, würde das Land seiner Jugend nicht mehr wiedersehen; im Wüstenland würde seine Spur verwehen.

Einer nach dem anderen erhob sich müde und ging zu Bett. Zuletzt lag ich nur noch mit dem jungen Manne da, der mich zum Arzt gerufen hatte. Heineken hieß er. Das Kohlenfeuer im Ofen summete leise, ganz leise. Draußen ging jemand am Fenster vorüber und piff irgendwas. Nur das Stroh knisterte ab und zu, wenn sich einer im Schlaf auf die andere Seite wendete. „Haben Sie vielleicht noch eine Zigarette da?“, fragte Heineken mich. „Natürlich, gerne!“ Ich hielt ihm das Kästchen hin, nahm dann selbst eine und bot Feuer an. „Sagen Sie mal, Heineken, wie als find Sie eigentlich?“ — „Ach, ja.“ — „Ach, ja!“ — „Jung!“ — „Finden Sie?“ — „Nun, für jemand, der zur Leg on will.“ — „Nach einer kleinen Pause meinte er: „Aber Sie wollen doch auch hin!“ — „Wer, ich?“ — „Ja.“ — „Nun, ich muß sagen, der Vergleich ist ein bisschen komisch. Zwischen Ihnen und mir besteht doch ein himmelweiter Unterschied.“ — „Wieso ein Unterschied?“ — „Hinter mir sind augenblicklich so ziemlich alle

Kriminalbeamten des Deutschen Reiches her, während sie sicher noch vor einem Monat mit der Primanerwürste auf dem Kopf zur Schule gegangen sind.“ Wiederum Schweigen. Endlich meinte Heineken: „Dah Sie von der Polizei gesucht werden, ist das für Sie der einzige Grund, zur Legion zu gehen? Sie sind doch nur ein paar Jahre älter als ich.“ — „Was das anbelangt, mögen Sie schon recht haben, mein Lieber, aber ich habe ja von klein auf ein ganz anderes Leben hinter mir als Sie, — und sehen Sie, mit der Zeit hat man Gefühle zu betrachten gelernt. Es mit mir leid, Ihr Gefühls hier in dieser hoffnungslosen und müden Umgebung zu sehen.“ — „Weshalb denn?“ fragte mich Heineken verwundert. „Zum Teufel nochmal, Sie passen mit Ihren achtzehn Jahren nicht hierher.“ — „Und Sie, passen Sie vielleicht her?“ — „Wissen Sie,“ erwiderte ich, „Sie haben 'ne ganz eckelhafte Art zu fragen. Jedenfalls passe ich tausendmal eher hierher als Sie. Ich habe allen Grund, auf Deutschland zu pfeifen. Ich habe schon mit sechzehn Jahren in Berlin auf dem Pfaster gelegen und glaube wirklich, in den sechs Jahren, die seitdem verfloßen sind, habe ich mehr gesehen als mancher andere in seinem halben Leben.“ — „Wissen Sie, was ich Ihnen sagen möchte?“ — „Nun?“ — „Dah Sie trotz allem Schwestern, was Sie vielleicht erleben, weniger Grund haben, einen Strich unter Ihr Leben zu ziehen, als — ich!“ Ich antwortete nicht, um ihn nicht kopfschütteln zu machen und um noch mehr von ihm zu erfahren. Er fuhr auch fort: „Nennen Sie sich das überhaupt vorstellen, was es bedeutet, mit einem Vater zusammenleben zu müssen, der Ihnen täglich zwanzigmal unter die Nase hält, daß er sich Schreihalsen nicht mehr satt essen kann, daß Sie ihm seine ganze Pension auffressen, daß Sie ihm seine letzten Tage verbittern, von dem man täglich hören muß, wie bequem er leben

könnte, wenn er keinen solchen Jammerlappen von Sohn hätte, und so weiter, und so weiter, was es derlei schöne Sachen noch mehr gibt. Und das Tag für Tag, jahraus, jahrein. Wissen Sie, er hat mich damit bis zum Wahnsinn gequält. Ich kann nicht mehr! Unmöglich!“ Während er so sprach, hatte er sich immer tiefer niedergebückt. Plötzlich preßte er die Hand gegen den Mund, als wollte er einen Schrei ersticken, stand taumelnd auf und warf sich krampfhaft schluchzend auf ein Bett. — Das Feuer im Ofen war schon längst erloschen, und ich lag noch immer und horchte auf dieses ver- weifelte Schluchzen.

Als ich am nächsten Morgen mit den anderen abtransportiert werden sollte, nahmen mich deutsche Kriminalbeamte in dem Augenblick fest, als ich den Zug nach Frankreich bestieg.

Nun sah ich wieder im Gefängnis und sah meiner Bestrafung entgegen. Mit der Niederschrift dieses Buches verfuhrte ich mir die Monate der Unruhe.

Eines Tages kam ein Brief. — Von meiner Mutter. Sie war heimgeit in Bauste schwer, aber nicht tödlich, verlegt worden. Acht Jahre hatte ich sie für tot, hatte sie mich für verflucht gehalten. Und nun waren die Zeitungsmeldungen über mein Prinzenaspiel bis nach Rovono gedrungen, wo meine Mutter jetzt wohnte.

In ihrem Brief stand kein Wort des Vorwurfs. Aus jeder Zeile sprach Freude und Anteilnahme. Sie verstand, was alles gekommen war, ohne daß ich es ihr hätte erklären müssen.

(Ende)

Gewehre auf Reisen.

Die „Praga“ soll beschlagnahmt werden.

London, 30. Jänner. Wie die „Morning Post“ aus Peking berichtet, hat der tschechoslowakische Dampfer „Praga“, der bekanntlich mit 40.000 Gewehren für die chinesische Nordarmee unterwegs ist, in den chinesischen Gewässern einem nationalistischen Kreuzer die Durchsicht verweigert. Agitatoren erklären, es sei dadurch ein Recht Chinas verletzt worden, und fordern die Sequestrierung der Ladung sowie auch des Schiffes.

Es ging nicht aus der augenblicklichen Stimmung hervor, sondern war das Ergebnis sehr ernster Erwägungen, als der Kongreß der Krankenversicherungsanstalten die Lösung ausdrückte:

Dieser Entwurf muß widerrufen werden.

Wir schließen uns dieser Lösung im vollen Bewußtsein ihrer Bedeutung an. Nur so kann der Weg einer neuen Situation freigemacht werden.

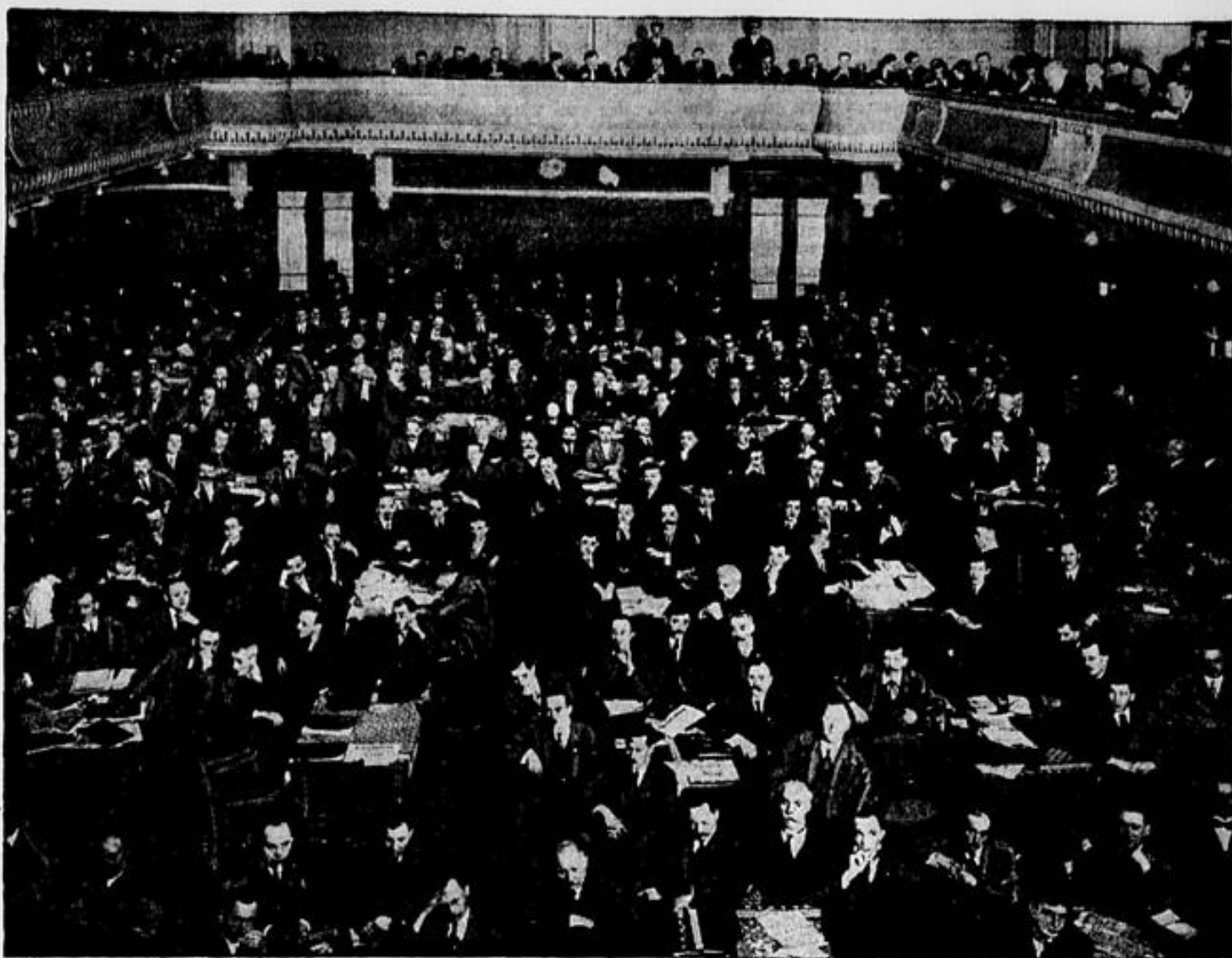
Wir wissen sehr gut, welche Strömungen in der heutigen Koalition herrschen. Wir wissen sehr gut, daß, je schwächer die Position einiger Parteien ist und je mehr diese Parteien irgendwelche Änderungen in der politischen Konstellation befürchten müssen, sie umso schärfer darauf dringen werden, daß der Entwurf nicht widerrufen, daß er verhandelt werde und zwar chesens. Das ist auf tschechischer Seite namentlich die Nationaldemokratie mit Herrn Dr. Kramár an ihrer Spitze. Wir wissen auch, daß trotz aller Versicherungen über die vollkommene Einigkeit in der Koalition, starke Strömungen in ihr herrschen, welche nunmehr bereits über den Charakter und die Tragweite des Regierungsentwurfes über die Sozialversicherung unterrichtet sind und sich bemühen, einen Weg zu finden, auf dem es möglich wäre, aus dem derzeitigen Stande herauszukommen.

Welche Strömungen in der Koalition oben auf bleiben werden, läßt sich heute nicht sagen.

Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß die Bourgeoisie in den letzten Augenblicken ihres Selbstbewußtseins sich bemühen wird, ihren Willen durchzusetzen. Heute kann sie jedoch nicht sagen, daß sie nicht gewillt ist, was sie tut. Sie ist sehr eindringlich gewarnt worden. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie eine schlechte Sache durchführen will, sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie eine sehr gefährliche Sache durchführen will. Sie muß daher die Folgen dieser krampfhaften Eigenfönnigkeit allein tragen.

Die sozialistischen Parteien geben in Initiativanträgen, welche sie dem Abgeordnetenhaus vorlegen, als der Regierungsantrag veröffentlicht wurde, kund, wie sie sich die weitere Entwicklung der Sozialversicherung vorstellen.

Aufgabe dieses Kongresses ist es jedoch nicht, sich über den Inhalt dieser Anträge auszusprechen, sondern um noch einmal, im letzten Augenblick, in dem Augenblick, in welchem der parlamentarische Ausschuß über den Regierungsentwurf zu verhandeln beginnt, im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aller Nationen in der Tschechoslowakischen Republik zu erklären, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit allen Kräften dazu beitragen wird, daß die arbeitende Klasse in der



Ein Blick in den Kongreßsaal.

Republik und alle die, welche es mit der Republik gut meinen, Kenntnis davon erlangen, daß die von der tschechische und deutschen Bürgerkoalition durchgeführte Revision der Sozialversicherung ein nicht nur a: der Arbeiterklasse dieses Staates, sondern auch am Staate selbst begangenes Verbrechen ist.

Während des Referates hatte sich im Kongreßsaal, stürmisch begrüßt, der zweite Delegierte der Internationale

Genosse de Broudere,

eingefunden, der dann nach dem Referate Winters an den Kongreß in französischer Sprache eine herzliche Begrüßungsansprache hielt, in der er seiner Freude über die Annäherung der Einigung der beiden Bruderparteien Ausdruck verlieh. (Wir werden seine Rede im Wortlaut noch nachtragen.)

um es nicht zum völligen Stillstand in der Arbeiter-schutzgesetzgebung kommen zu lassen. Trotzdem aber ist es in dem zweiten Abschnitte der Entwicklung der tschechoslowakischen sozialen Gesetzgebung, der die Jahre 1921 bis zum Zerfall der allnationalen Koalition im Frühjahr 1926 umfaßt, möglich gewesen, das Errungene aufrecht zu erhalten und einige neue Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter und Ange-stellten in Angriff zu nehmen und auszuführen. Das Tempo aber verlangsamte sich immer mehr. Die Klagen in Unternehmerkreisen über die untrüglichen sozialen Lasten wurden immer lauter. Es verging keine Unternehmerrassament, in der nicht betont worden wäre, daß die Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie und die Sicherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit einen Stillstand in der sozial-politischen Gesetzgebung erfordere. Je mehr die Zer-splitterung in den Organisationen der Arbeiterklasse fortschritt, um so machtbewußter und anmaßender traten die Unternehmer auf. Jedes sozialpolitische Gesetz, das in diesem Abschnitte der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei zustande kam, trägt die Merkmale eines Ausgleichs zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen, bei welchem die letzteren zu kurz gekommen sind. Am stärksten merkt man das in dem Gesetze über die Sozialversicherung, zu dessen Schutze die Arbeiterorganisationen seit vielen Wochen einen erbitterten Kampf führen.

Immer noch aber haben damals amtliche Organe der Tschechoslowakei gerne auf internationalen Tagungen die sozialpolitische Gesetzgebung der Republik als zeitgemäß und fortschrittlich bezeichnet. Wie es aber mit der strengen Einhaltung des Achtstundentages in den industriellen Unternehmungen der Tschechoslowakei gerade im Jahre 1925 ausgefallen hat, das sehen wir an der Zahl der in dem gleichen Jahre bezahlten Überstunden (11.505,292). Dabei ist nicht zu vergessen, daß in der Tschechoslowakei für Überstunden kein besonderer Lohnzuschlag gewährt wird, wie das im Washingtoner Abkommen über die Achtstundentagsbewegung vorgesehen ist. Als im Dezember 1918 der Achtstundentag gesetzlich festgelegt wurde, hat man damit gerechnet, daß er streng eingehalten wird. Insbesondere im Baugewerbe ist die Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit an der Tagesordnung. Vergänglich haben sich in den letzten mangelnder Buntätigkeit die Verbände bemüht, dem Überstundenunfug durch zahllose Anzeigen bei den Behörden ein Ende zu machen. Erfolg wurde keiner erzielt, denn wenn einmal die Behörde mit Strafen vorging, waren diese so niedrig, daß sich der Unternehmer davon weiter nicht betroffen fühlte.

So ist die Tschechoslowakei gegenüber anderen wirtschaftlich ähnlich gearteten Staaten in der Sozialpolitik immer mehr ins Hintertreffen gekommen. Ihre Vertreter können längst nicht mehr in Genuß von einer vorbildlichen Sozialpolitik in der Tschechoslowakei sprechen. Sie hat nicht gleichen Schritt gehalten in der Anerkennung und Durchführung der internationalen Übereinkommen in Sachen des Arbeitsschutzes. Es bestehen zur Zeit außer dem vorigen Jahre beschlossenen Übereinkommen in Sachen der Krankenversicherung 24 solcher Konventionen. Davon sind in der Tschechoslowakei bisher im ganzen 8 ratifiziert worden und zwar:

Das Übereinkommen betreffend die achtstündige Arbeitszeit;

Das Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen;

die beiden Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung zur gewerblichen Arbeit und für die Arbeiten in der Landwirtschaft; die Konvention über das Vereins- und Koalitionsrecht der Landarbeiter;

über das Verbot der Verwendung von Bleiweiß;

über den wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen Betrieben und endlich

über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung von Betriebsunfällen.

Das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor hat in Österreich bereits bestanden.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist im allgemeinen ein Kapitel in der tschechoslowakischen Sozialpolitik, das kein gutes Urteil ermöglicht. Die tschechoslowakische Finanzverwaltung hat in den Jahren 1925 und 1926 an Staatsbeiträgen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung die lächerlich geringe Summe von 25.049.277 Kronen aufzuwenden gehabt. Dabei war in den beiden Jahren die wirtschaftliche Lage höchst betrüblich, die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen Monaten ungewöhnlich hoch.

Es hat also in Wirklichkeit nur ein unverhältnismäßig kleiner Bruchteil der Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten.

Dafür aber sind die Gewerkschaften hart in Anspruch genommen worden, so daß diese sich gezwungen sahen, an die Regierung mit entsprechenden Forderungen im Rahmen des Genter Systems heranzutreten. Der jetzige Minister für soziale Fürsorge, Vater Šrámek, aber hat die von ihm selbst Vorbrachten gegenüber als berechtigt anerkannt. Unterstützung einfach auf Eis gelegt und erst im vorigen Jahre bei Wiederausbruch des Parlaments eine Ergänzungsvorlage zu dem Gesetze über den Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung im Parlament eingebracht. Doch bedeutet dieser Gesetzentwurf eine neue folgenschwere Belastung der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, er ist für sie unannehmbar, weil er alle aus den Erfahrungen heraus entstandenen Wünsche der Arbeitnehmerschaft leichtfertig übergeht. Andere wirtschaftlich viel härter mitgenommene Staaten haben in der Frage der Arbeitslosenfürsorge unterdessen vorbildliche Einrichtungen geschaffen. Was aber kümmert unsere Bürger- und Großbauernblut in der Tschechoslowakei das Elend der Menschen, die arbeiten wollen, für die aber keine freien Arbeitsplätze da sind. Da kommen die Landbändler und behaupten, es gebe auf dem Lande Beschäftigung genug, nur erhalte man seine Arbeitskräfte. In Wahrheit ist das Gegenteil richtig, ein anderer Politiker der jetzigen Koalitionsregierung, Dr. Biskovsky, wieder wagt frech zu erklären, daß, wer arbeiten und fortkommen wolle, das in der Tschechoslowakei ohne Schwierigkeiten auch könne. Selbst beim Genter System benimmt sich die Staatsverwaltung gegenüber den Gewerkschaften rüchständig und knauserig. Wochenlang müssen die Verbände auf die Rückerstattung des ausgezahlten Staatsbeitrages warten. Große Summen von Gewerkschaftsgeldern, bestimmt für Zwecke des gewerkschaftlichen Kampfes und für andere gewerkschaftliche Aufgaben, müssen fortlaufend der Staatskasse zur Verfügung gehalten werden.

Das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden kann und dem ein Ende gemacht werden muß.

Die sozialpolitische Gesetzgebung.

Referat des Genossen Schäfer.

Genossinnen und Genossen!

Unter dem Einflusse der von starkem Selbstbewußtsein erfüllten Massen der arbeitenden Bevölkerung mußten die bürgerlichen Klassen nach dem Ende des Weltkrieges in den großen Fragen der sozialen Gesetzgebung gegen früher weitgehendere Zugeständnisse machen. Der hemmungslosen Ausbeutung wurden mit Hilfe der erstarkten gewerkschaftlichen Organisationen Schranken gesetzt. Der Schutz der Gesundheit des arbeitenden Menschen erhielt eine andere Wertung als vordem. Sozialpolitische Forderungen der Arbeiter und Angestellten, über die vor dem Kriege das Unternehmertum kühl hinwegging, fanden zum Teil Anerkennung in der Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Zu dieser Umstellung in der Sozialpolitik hat der 13. Abschnitt der sogenannten Friedensverträge viel beigetragen. Wenn dort gesagt wird, daß die Staaten und Völker, um den Frieden der Welt dauernd zu erhalten, dafür sorgen müssen, daß die Erbitterung, die Not und die Entbehrungen in den breiten Massen der Bevölkerung gemildert oder beseitigt werden, weil nur auf diese Weise ein richtiges Zusammenleben der Völker insbesonders werden könne, so mußten solche Worte insbesondere für jene Staaten eine Richtschnur bilden, deren Entschlossen auf diesen Verträgen beruhte. So fielen in den ersten Jahren nach dem Umsturz auch in der Tschechoslowakei manche Hemmungen, die vordem die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung aufgehalten haben. Es kam der Achtstundentag und damit die Erfüllung einer leidenschaftlichen Forderung der Arbeiterklasse. Man mußte auf räumen mit den Arbeitsbüchern und führte einige in Österreich erst in Angriff genommene sozialpolitische Maßnahmen ihrer Vollenbung zu.

In diesem ersten Entwicklungsabschnitte der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei, die Jahre 1919, 1920 und noch einen Teil des Jahres 1921 umfassend, ist manches nachgeholt worden, was früher die Arbeiterklasse nicht durchsetzen vermocht hatte. Es sei erinnert daran, daß die im Jahre 1919 vorgenommene Reform der Krankenversicherung einen wesentlichen Fortschritt bildete und Forderungen verwirklichte, die in Österreich

vergeblich von den Arbeitern vertreten worden sind. Raum aber trat in der Arbeiterbewegung eine rüchläufige Entwicklung ein, so wuchsen auch schon die Widerstände in der staatlichen Verwaltung, vor allem aber in den Unternehmerkreisen gegen sozialpolitische Maßnahmen. Sehr deutlich trat diese Tatsache in Erscheinung in der Frage der Betriebsdemokratie. Das Gesetz über die Betriebsräte und die Betriebsräte im Bergbau, das im Jänner 1920 bereits in Kraft trat, geht wesentlich weiter als das ein Jahr später vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Errichtung von Betriebsausschüssen in industriellen und gewerblichen Unternehmungen. Bereits in den Vorberatungen zum Betriebsausschüßgesetz nahmen die Unternehmer gegen die Bezeichnung Betriebsräte eine Gegenstellung ein. Auch sonst verhielten sie alles mögliche, um zu verhindern, daß die im Gesetze vorgesehenen Betriebsausschüsse jene Bedeutung erhalten, die ihnen die sozialistischen Arbeiterparteien einräumen wollten. Die Arbeiterklasse stand jetzt nicht mehr so geschloffen da, als das Ende 1918 und im Jahre 1919 der Fall war. Über Verreiben der dritten, der bolschewistischen Internationale, war es auch in der Tschechoslowakei zur Spaltung der politischen Arbeiterbewegung gekommen. Unter den Auswirkungen des Bruderkampfes litten aber nicht nur die politischen Organisationen des Proletariates, auch die Kraft der Gewerkschaften wurde erschüttert. Angekündet von den Streitigkeiten, von den Verunglimpfungen und Verleumdungen, mit denen man von kommunistischer Seite Sozialdemokraten und Gewerkschaften bedachte, verließen Zehntausende von Arbeitern und Angestellten ihre Gewerkschaften, verließen der Gleichgültigkeit oder gingen ins gegnerische Lager hinüber. Nicht mehr mit solchem Nachdruck wie vordem konnte die Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei ihre sozialpolitischen Forderungen verfolgen. Daran zogen die bürgerlichen Klassen logisch ihre Vorteile. Sie wendeten sich gegen jede arbeitervolische Anregung, die von da an vom Ministerium für soziale Fürsorge ausging. Stellten sich in der kleinsten Weise gegen die Ausgestaltung der Sozialpolitik und es bedurfte außergewöhnlicher Anstrengungen,

In der internationalen Sozialpolitik ist die Tschechoslowakei mit am weitesten zurück. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß in der Tschechoslowakei noch nicht einmal die Registrierung der jugendlichen Personen unter 16 Jahren durchgeführt wurde, wie das nach dem Übereinkommen über das Mindestalter für die Beschäftigung in gewerblichen Betrieben notwendig ist. Dann enthält das Gesetz über die Verwendung des Bleiweiß bei Maler- und Anstreicherarbeiten Ausnahmen, die dem Inhalt der internationalen Konvention widersprechen. Wir halten also nicht einmal die Bestimmungen und Vorschriften jener internationalen Konventionen ein, die von der Tschechoslowakei ratifiziert worden sind!

Sogar sind in dem zweiten Abschnitt der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei einzelne gesetzgeberische Maßnahmen vorbereitet worden. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat sich mit der Schaffung eines Gesetzes über die Arbeitsinspektion beschäftigt und darüber auch das Internationale Arbeitsamt unterrichtet. In den Presseberichten des Genfer Arbeitsamtes wurde Lobensdarauf hingewiesen, daß in der Tschechoslowakei bereits Vorbereitungen für eine weitgehende Arbeitsinspektion getroffen werden. Es ist aber seit her davon nichts mehr zu hören gewesen. In Vorbereitung befindet sich ferner im Ministerium für soziale Fürsorge ein Schutzgesetz für die Kollektivverträge. Die wirtschaftlichen Organisationen wurden seinerzeit aufgefordert, sich dazu zu äußern. Aber darüber herrscht nunmehr endgültig Schweigen. Die Kollektivierung des Betriebsauschussesgesetzes ist vom Ministerium für soziale Fürsorge als notwendig bald nach Inkrafttreten dieser Einrichtung erkannt worden. Auch da haben die Gewerkschaften der Arbeiter ihre Anträge dem Ministerium vorgelegt, ohne daß bis heute darauf Rücksicht genommen worden wäre. Man weiß,

daß den Unternehmern die Einrichtung der Betriebsauschüsse von Anfang an nicht gepakt hat, daß sie am liebsten diese Einrichtung wieder beseitigen möchten und daher fanatische Gegner jeder Verbesserung des Betriebsauschussesgesetzes sind.

Die Ausgestaltung des Handlungsgesetzes und die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechtes läßt noch immer auf sich warten. Die bürgerlichen politischen Parteien sind im Gegenteil darauf bedacht, in den handelsgewerblichen Unternehmungen im allgemeinen ohne Ausnahme die Sonntagsarbeit wieder zu ermöglichen und zu verhindern, daß ein Ladenschlußgesetz geschaffen wird.

Vergeblich verlangen noch immer die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ihre Einbeziehung in die Unfallversicherung. Böllig gleichgültig verhalten sich die tschechoslowakischen Gesetzgeber gegenüber der Bekämpfung der Berufskrankheiten.

Beispiellos aber ist ihr Verhalten in der Frage der Regelung der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Da wurde vor Jahren ein solches Gesetz im sozialpolitischen Ausschuss erledigt, im Budgetausschuss dann aber von den bürgerlichen Parteien der allnationalen Koalition bekämpft, so daß nun jahrelang nichts mehr von ihm zu hören ist. Anstatt dessen legt das jetzige Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetz zum Schutz des inländischen Arbeitsmarktes dem Abgeordnetenhause vor, durch das die Bewilligung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter den politischen Behörden, also der staatlichen Bürokratie, übertragen wird. Bei einer gut eingerichteten öffentlichen Arbeitsvermittlung, wie sie Österreich und Deutschland haben, wäre es völlig unnötig, die Bewilligung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter mit dem Abbau des reaktionären Bismarckgesetzes in irgend eine Verbindung zu bringen.

So ist der Unternehmertumsklasse und der agrarischen Bourgeoisie schon innerhalb der allnationalen Koalition möglich gewesen, in der sozialpolitischen Gesetzgebung einen förmlichen Stillstand zu erzwingen. Die tschechischen bürgerlichen Parteien in der früheren Koalition konnten damit rechnen, daß ihr feindseliges Vorgehen gegen die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse volles Verständnis bei den deutschen bürgerlichen politischen Parteien findet. Bei vereinzelten Anlässen haben deutsche agrarische Politiker schon früher im Parlament gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewettert.

In der Forderung gegen eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge bildeten zeitweise deutsche Agrarier geradezu die Vorführer.

Außerhalb des Parlaments wirkten deutsche und tschechische Industrielle einträchtig in der Bekämpfung der Arbeiterklasse zusammen. In dem Gutachten der Verbände der Industriellen zu den einzelnen sozialistischen Gesetzentwürfen war die prächtige Übereinstimmung zu finden. Immer offener wurden die bestehenden Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter und Angestellten bekämpft und als drückende Fesseln für die industrielle Entwicklung hingestellt. Als dann im November 1920 die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen in das Parlament einen starken Wahlsieg errangen, legten sie die Maske der sozialpolitischen Einsicht ab und traten als

offene eingeschlossene Feinde der sozialen Gesetzgebung

auf. Das tschechische Bürger- und Großbauernamt hätte sich national so weit farniert, daß es auf die Mitwirkung von Arbeiterparteien in der Regierung keinen Wert mehr legte. Es stellte voran seine wirtschaftlichen Bedürfnisse, ihr Machtbewußtsein steigerte sich maßlos, ihr antisozialer Geist äußerte sich gleich

bei den ersten Regierungsverhandlungen, als die Verbindung mit den deutschen bürgerlichen Parteien im Parlament hergestellt war. Das Bodmittel, durch welches das tschechoslowakische Bürgertum die deutschen bürgerlichen Parteien zum Eintritt in eine neue Parlamentarismus brachte, bildete die Versicherung, daß man nunmehr entschlossen sei, die Arbeiterfragegesetzgebung abzubauen, den sozialistischen Einfluss innerhalb der Staatsverwaltung, der ohnehin recht bescheiden war, vollständig zu beseitigen und die Vorteile der selbständig Erwerbstätigen, vor allem der großen Bauern, wahrzunehmen. Das war für die deutschen Landbändler, für die politisch allerdings bedeutungslos Gewerkschaften und für die Christlichsozialen ein wahrer Sirenenruf. Sie stellten sich mit einem Eifer aussergewöhnlicher Art den tschechoslowakischen bürgerlichen Parteien zur Verfügung, bewährten sich bei der Beschäftigung über die Agrarfrage als verlässliche Bundesgenossen und suchten durch Gefälligkeit gegen die Arbeiterklasse ihre neuen Koalitionsgenossen zu überbieten.

Vor allem haben die deutschen Landbändler in der deutsch-tschechoslowakischen Regierungskoalition von Anfang an nichts anderes erblickt, als eine Sammlung der reaktionärsten bürgerlichen Kräfte gegen die Arbeiterklasse.

Einer ihrer Vorführer, der schon zur Zeit der deutschen Opposition es kaum zuzulassen brachte, seine Arbeiterfeindschaft zu verbergen, der Landbändler Windisch, hat das erst vor einigen Wochen in einer Versammlung der Landwirte in Wasserbörz offen eingestanden. Er sagte dort: „Die Landwirtschaft und alle übrigen Schichten der Bevölkerung, die Realbesitz zu verwalten hatten, seufzten schon lange unter den übermächtigen Lasten, die ihnen das einseitige sozialistische Regime der verflochtenen Jahre aufgebürdet hatte und es drohte ein Zusammenbruch, wenn nicht Erleichterungen herbeigeführt werden konnten.“ Das ist eine Redensart, die wir jetzt in den Versammlungen der deutschen Regierungsparteien immer wieder zu hören bekommen. In Deutschland ist ebenfalls ein Bürgerbrot an der Macht. Und diesem Bürgerbrot gehört die Partei der argsten Arbeiterfeinde an; das sind die Deutschnationalen. Aber selbst unter diesem deutschen Bürgerbrot ist die sozialpolitische Gesetzgebung nicht ins Stocken gekommen, ja es sind, seitdem der Bürgerbrot in Deutschland am Ruder ist, mehrere einschneidende wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetze zustande gekommen. Gesetze, die selbst in den Reihen der freien Gewerkschaften Deutschlands Anerkennung gefunden haben. Weitere Gesetzesmaßnahmen in der Frage des Arbeiterschutzes sind in Deutschland in Vorbereitung und werden bereits in dem Reichswirtschaftsrat eingehend beraten. Gleich bei ihrem Austritt hat die Regierung des reichsdeutschen Bürgerbrot sich ausdrücklich bekannt zu den Notwendigkeiten in Sachen der Sozialgesetzgebung. Daß man es auch bei einer Bürgerregierung in einem Staate ernst nehmen kann mit den Verpflichtungen der internationalen Sozialpolitik gegenüber, das ersieht man daraus, daß Deutschland bereits das internationale Abkommen über die Krankenversicherung vom Juli 1927 ratifiziert hat. Dabei hat in Deutschland, so wie in der Tschechoslowakei, ein Minister, der Zentrumsmann Dr. Brauns, die Sozialpolitik zu betreiben. Sein Programm deckt sich durchaus nicht mit den Forderungen der freien Gewerkschaften Deutschlands, aber es trägt den zeitgemäßen Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung. Unter jetziger Regierungsmitteln, ein Vertrauensmann der Kirche, hat es bis jetzt nicht für notwendig gefunden, dem Parlamente sein Programm mitzuteilen. Strämel mag ein frommer Mann sein, für die Betreuung der Sozialpolitik, für die Leitung der sozialen Verwaltung geht ihm noch allem, was bisher wahrzunehmen ist, entweder jede Eignung ab, oder er fühlt sich ausschließlich nur als Werkzeug der jetzigen parlamentarischen Mehrheitsparteien. Erst vor einigen Tagen hat der reichsdeutsche Arbeitsminister Brauns dem die Aufgaben zuteilen, die unter Regierungsmitteln zu erfüllen hat, im Kreise von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes der gewerkschaftlichen Arbeit seine Anerkennung ausgedrückt. Brauns hat offen zugestanden, daß die Förderung der Sozialpolitik und die Entwicklung der Arbeiterschutzes vornehmlich ein Werk der Gewerkschaftsbewegung sei.

Unter Regierungsmitteln, Vater Strämel, wird sich zu einer solchen Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeit niemals aufschwingen. Das Ministerium für soziale Fürsorge, unter Leitung des Ministers Strämel, steht heute an der Spitze der sozialpolitischen Reaktion, es erblickt seinen Beruf darin, den Wünschen der kapitalistischen Parteien ohne Widerstand zu entsprechen. Gegen die Forderungen der Arbeiterklasse, die deren Vorsehung und die Förderung ihres kulturellen Aufstieges bezwecken, die augenblickliche Macht im Parlament rückwärts auszuweichen, das ist das Programm der deutsch-tschechoslowakischen Koalitionregierung.

Und was droht der Arbeiterklasse alles von dieser Regierung? Sie schließt sich jetzt an, den Mieter zu beseitigen. Seine bloße Verankerung wird als ein schweres Unrecht an den Hausbesitzern bezeichnet. Kein Wort wissen die Feinde des Arbeiterschutzes gegen das Wohnungselend zu verlieren, das in der Tschechoslowakei stellenweise fürchterlich ist. Es fehlt an einem großen Wohnungsbauprogramm, an einer entsprechenden Förderung der Wohnungsbau-tätigkeit. Anstatt aber da zu entscheidenden Schritten überzugehen, schimpfen die bürgerlichen Parteien auf den Mieterkrieg, rufen nach der freien Wirtschaft und jubeln zugleich den Industriellen zu, wenn diese den bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse ihr eigenartiges und schroffes Nein entgegensetzen, trotz der Misserfolge, die sie bei der wiederauflebenden Wirtschaft im vorigen Jahre gemacht haben. Eine Aufhebung des Mieterschutzes ist für die Arbeiterklasse bei den gegenwärtigen Löhnen einfach

unerträglich. Darüber ist nichts zu reden. Es ist außerdem falsch, von einer Steigerung der Mietspreise die Behebung der Notdürftigkeit zu erwarten.

Der Mieterschutz muß in vollem Umfange beibehalten werden, gegen jede Forderung müssen die Arbeiter entschlossen auftreten.

In der jetzigen deutsch-tschechischen Regierungskoalition verkörpert sich die schlimmste sozialpolitische Reaktion. Diese Regierung ist ein Feind der Arbeiterklasse, ihr Sturz muß das nächste politische Ziel der arbeitenden Menschen in der Tschechoslowakei sein. Zu Unrecht mag sich die gegenwärtige Regierungskoalition an, im Namen der Mehrheit der Bevölkerung in der Tschechoslowakei zu handeln. Erst im vorigen Oktober haben die Wahlen in die Gemeinden gezeigt, daß die Parteien, die sich annahmen, über die einschneidendsten Fragen der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes einseitig zu entscheiden, nicht mehr dazu berechtigt sind. Nach demokratischen Grundsätzen müssen sie abtreten und den Wählermassen die Möglichkeit geben, sich eine parlamentarische Vertretung zu schaffen, die bereit ist, so

zu handeln, wie es die kulturelle Entwicklung und die Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung erfordert. Gegen die jetzige Bürger- und Großbauernregierung anzukämpfen, ihren Sturz herbeizuführen, bedeutet die Bekämpfung der sozialen und sozialpolitischen Reaktion. Das Ansehen, das die Tschechoslowakische Republik in den ersten Jahren nach dem Umsturz innerhalb der internationalen Sozialpolitik immerhin gehabt hat, ist von der tschechisch-deutschen Koalitionregierung verwirrt worden. Es wieder zu gewinnen, ist eine Aufgabe, zu der die jetzige Parlamentarismus nicht fähig ist und auch nicht den Willen hat.

Da muß sich die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei unter dem Banner der Sozialdemokratie in starken Organisationen sammeln, um die bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen gegen ihre Feinde zu schützen und um die Bahn frei zu machen für die Ausgestaltung des Arbeiter- und Angestelltenrechtes im Geiste einer gesunden und modernen Sozialpolitik.

Die Debatte.

Genosse Haberman:

Wenn wir in die Vergangenheit der Arbeiterbewegung zurückblicken, dann sehen wir, daß es viele Epochen gegeben hat, da die Arbeiterbewegung zerfallen ist. Aber sie hat immer wieder die Wege gefunden durch Überwindung dieser Zersplitterung zum Erfolge zu kommen. Der Geist der Arbeiterklasse, der erfüllt ist vom wissenschaftlichen Sozialismus, wird auch jetzt zur Erkenntnis der richtigen Methoden im politischen Leben kommen. Wir stehen am Beginn einer Entwicklung, da wir die Unstimmigkeiten mit den deutschen Sozialdemokraten überwinden. Die deutschen Genossen wissen, daß wir gute Angehörige unserer Nation bleiben, so wie wir uns wünschen, daß sie ehrliebe Angehörige ihrer Nation sind. Das Verhältnis der Nation kann nicht durch die Waffen, sondern nur durch die Verständigung gelöst werden und nur auf diesem Wege werden wir zur Erfüllung der sozialistischen Ideale kommen. Auch die kommunistischen Arbeiter werden zur Erkenntnis kommen, daß es nicht der richtige Weg ist, wenn Arbeiter gegen Arbeiter stehen, sondern daß wir in jenen Methoden fortfahren müssen, mit Hilfe deren so glänzende Erfolge für die Arbeiterklasse erzielt wurden. (Beifall.) Darum können wir der Reaktion sagen: Lauert nur weiter, die Arbeiterklasse wird schon dafür sorgen, daß Euer Bau wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Der Fortschritt des Sozialismus und der Demokratie muß siegen! (Beifall.)

Genosse Hruška (Banská Bystrica)
befaßt sich insbesondere mit den Fragen der Sozialversicherung: Es gibt in der Geschichte der Sozialpolitik kein Beispiel einer solchen Reaktion. Die Sozialversicherung soll noch hinter das ungarische Krankenversicherungsgesetz zurückgefallen werden. In der Slowakei sind die Verhältnisse noch ärger als in den historischen Ländern, es kommt vor, daß alte Arbeiter Hunger sterben. Wo bleiben das Recht und Gerechtigkeit. Die kirchlichen Grundbesitze bleiben erhalten, Kestgüter werden vergeben, aber Tuberkulosen- und Krankenheime zu errichten daran denkt niemand. (Zustimmung.)

Genossin Blatný, Karlsbad:

Das gleiche politische Recht, das der Umsturz den Frauen brachte, hat sich noch nicht im Wirtschaftsleben ausgebreitet. Immer noch ist die arbeitende Frau zu einem Wesen zweiten Ranges degradiert. Wenn jetzt das Internationale Bürgertum darangeht, das Proletariat seiner Nachkriegs-erwartungen zu berauben, so trifft das am meisten die arbeitenden Frauen. Die Sozialversicherung ist sicherlich nicht die Erfüllung der Sehnsucht der Arbeiterklasse, aber sie stellt einen immerhin ersten wichtigen Schritt dar. Nun will man darangehen, nahezu eine Million Menschen, und gerade die Bedürftigsten, aus der Sozialversicherung auszuheben. Dagegen, weil es die Frauen am unmittelbarsten trifft, müssen wir hier mit aller Leidenschaft protestieren.

Nun ein Wort des Dankes: Wir wissen, daß es die sozialdemokratischen Arbeiter waren, die die arbeitenden Frauen durch Kameradschaftlichkeit zum Klassenbewußtsein erweckten, die die neben ihnen arbeitenden Frauen nicht als Lohnbrüder behandeln, sondern sie immer als die gleichermäßen ausgebeuteten Massenangehörigen betrachtet haben. Dafür Ihnen einmal zu danken, gebietet uns unsere Erkenntnis und unsere Pflicht.

Wie sieht die Arbeit des Weibes im Betriebe aus? Sie bricht fast zusammen unter der unheimlichen Ausbeutung; und wenn sie bis zum Blutenden arbeitet und durch das männliche Arbeitsgleichwertige Leistungen hervorbringt, sie wird dennoch elender als der Arbeiter entlohnt. In Hause aber harret ihrer dann nicht der Feierabend, sondern die Arbeit im Haushalt, an dem alle Fortschritte der Technik spurlos vorübergegangen sind. Und an diese vom Morgen bis in die Nacht geplagte Frau müssen nun noch wir herantreten, und ihr sagen, daß wir für die gemeinsame Arbeit auch noch ihre Kraft und Zeit brauchen! Da ist es wohl begreiflich, daß alle Kräfte mobilisiert werden müssen, wollen wir die Frauen zum Klassenbewußtsein erwecken und wollen wir den Forderungen der proletarischen Frauen Gehör schaffen. Ich fordere die tschechischen wie die deutschen und alle übrigen Genossinnen auf, sich mit aller Macht hinter unsere Forderungen zu stellen, — seien Sie versichert, daß dann der Dank der arbeitenden Frauen nicht ausbleiben wird. Seien Sie überzeugt: wenn es uns einmal gelungen sein wird, die proletarischen Frauen aus ihrer Dummheit zu befreien, dann werden sie innerhalb der Arbeiterbewegung die revolutionärsten sein! (Beifall.)

Genossin Brablková, Troppau:

begrüßt den Kongress namens der tschechischen sozialdemokratischen Frauen und gibt ihrer Freude Ausdruck, daß sich die sozialdemokratischen Frauen aller Nationen an diesem Kongress zusammengefunden haben. Der Zusammenschluß der sozialdemokratischen Arbeiterinnen aller Nationen ist im höchsten Grade notwendig, denn wohin wir blicken, überall ist Not, Mitter- und Jugendfürsorge sowie die soziale Fürsorge überhaupt liegen im Argen. Gegen diese Verhältnisse müssen die Frauen aller Nationen ankämpfen. Die tschechischen sozialdemokratischen Frauen haben die Erfahrung gemacht, daß die Zusammenarbeit mit den deutschen Genossinnen ohne Schwierigkeit vor sich geht. Wir reichen unseren deutschen Genossinnen die Hand und wünschen viel Glück der künftigen Zusammenarbeit der Frauen. (Beifall.)

Rosal (Vertreter der tschechischen Jugend):

Mit dem Gefühl der Freude und herrlicher Hoffnungen für die Zukunft ist die tschechische sozialdemokratische Jugend auf diesen Kongress gekommen. Sie hat die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte schon im Jahre 1920 in ihre programmatischen Grundsätze aufgenommen. Sie steht mit Befriedigung, daß diese Auffassung nun auch unter der erwachsenen Arbeiterklasse durchdringt. Die heutige Jugend beginnt ihre politische Aktivität unter anderen Verhältnissen. Zwischen uns und der deutschen Jugend stehen keine geschichtlichen Begebenheiten. Wir kommen zusammen in der Zeit schärfster Klassengegenstände. Die heutige Arbeiterjugend ist berufen zu schöpferischer Arbeit. Diese Arbeit muß von Erfolg gekrönt sein, denn nirgends ist so viel sozialistischer Glaube und moralische Kraft vorhanden wie gerade in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Die Situation erfordert von uns volles Verständnis der Weltlichkeit, Verständnis für unsere Pflichten und unsere Aufgaben in Gegenwart und Zukunft. Wir wollen der Bewegung dienen durch Opferfähigkeit und schöpferische Arbeit. (Beifall.)

Genosse Kern, Tepliz:

Als Vertreter der sozialdemokratischen Jugendorganisation haben wir die Ausführungen der Genossen Winter und Schäfer mit größtem Interesse angehört. Was die Jugend-erwartungen anlangt, leben wir im rückwärtigsten Lande Mitteleuropas. Wir hoffen, daß durch ein geeintes Vorgehen aller sozialdemokratischen Parteien die Arbeiterjugend aus dieser unerträglichen Sklaverei erlöst werden wird. Die sozialdemokratische Jugend hatte diesem Kongress mit den größten Erwartungen entgegen, weil sie wußte, daß hier auch über ihr Schicksal mitentschieden wird. Die Jugend, die mit ihren Hoffnungen der Zeit immer voranschreitet, weiß dennoch sehr wohl, daß ebenso notwendig wie das Vorwärtstreiben auch die Opferbereitschaft und der Wille zum Kampf des Tages ist. Weil aber dieser Kampf den Sieg nur in der Einheit des Proletariats verbürgt, haben wir diesen Kongress mit solcher Begeisterung begrüßt. Nur mit tiefem Schmerz gedenken wir der Stunde, da es den Agenten der Völkerei gelang, die Arbeiterjugend bei uns ihren Interessen dienlich zu machen, als sie die Kampfbereitschaft und den Glauben der Jugend als Sprengmittel der proletarischen Einheit verwendeten. Die Folge der Spaltung war die Zurückdrängung tausender jugendlicher Arbeiter zum Nationalismus oder Indifferenzismus. Und soweit sie den toten kommunistischen Parolen treu blieben, wirkten sie als Förderer der Reaktion. Damals machte die sozialistische Jugend ihr Golgatha mit, ihr eigener Schwung ward mißbraucht, um die Organisation in einen Trümmernhaufen zu verwandeln. Heute noch stützen sich Bolschewismus und Faschismus zum großen Teile auf die jungen Menschen. Nach unglücklichen Schwierigkeiten haben wir diesen Unflut überwunden, in immer wachsender Zahl stellen sich die jungen Arbeiter wieder in unsere Reihen. Daß aber Einigung und Verständigung der Kraft bedeutet, das beweisen die Früchte des seit langem einigen Vorgehens der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugendorganisation, die viele Aktionen bereits in voller Einmütigkeit durchführten. Die Jugend will nun bei der Einigung der Gesamtarbeiterklasse voranschreiten, ohne ihre Mitarbeit zu überschätzen, aber im ehrlichen Willen zur Pflicht. Wir wissen, daß dieser Kongress nur den Auftakt zu weiteren Geschehnissen bedeutet, die wir mit aller Sehnsucht erwarten. In dieser feierlichen Stunde entbieten

wir der arbeitenden Jugend aller Nationen dieses Staates unseren Gruß und rufen sie zur Sammlung auf, unter den alten sitzgewohnten Fahnen der Sozialdemokratie, an deren Seiten die Arbeiterjugend ihren Platz hat. (Beifall.)

Genosse Smutek (Vertreter der tschechischen Studenten):

erklärt namens der neuen Generation der tschechischen sozialdemokratischen Intellektuellen zu sprechen. Während sich die bürgerliche Intelligenz mit den leeren Phrasen des Nationalismus begnügt, haben wir, die wir als ganz junge Menschen alle Schrecken des Krieges durchgemacht haben, unseren Platz auf dem linken Ufer der Gesellschaft, an der Seite des Proletariats gefunden. Wir sind von einer Schule erzogen worden, die das Produkt der kapitalistischen Gesellschaft ist. Diese Schule will, die Intelligenz zu Führern der Nation, das heißt zu Führern der kapitalistischen Ordnung erziehen. Wir aber wollen viel mehr sein: die Mitstreiter am großen Werke des Sozialismus. Wir wünschen eine Demokratisierung der Bildung, insbesondere der Hochschulbildung. Die Bourgeoisie selbst hat uns gezeigt, daß die marxistische Theorie richtig ist, jene tschechische Bourgeoisie, die über jeden nationalen Unterschied hinweggeschritten ist und die Maske des Fortschritts abgeworfen hat. Für uns geht die Entwicklung, mit uns geht die neue Zeit. (Beifall.)

Genosse Schimmel, Prag:

gibt im Namen der deutschen sozialdemokratischen Hochschüler der Freude über den gemeinsamen Kongreß Ausdruck. Wir sind überzeugt, daß dieser Kongreß eine Stärkung des sozialdemokratischen Gedankens und des sozialistischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zur Folge haben wird, und daß er sich auch auf die Verhältnisse an den Hochschulen auswirken wird, die ja noch immer die Domänen der herrschenden Klassen sind. Sie wenden alle Mittel an, um dieses Privilegium sich zu erhalten. Hunderte fähige Proletarier müssen in die Fabrik wandern, weil sie nicht die Mittel haben, dem Studium sich zu widmen, weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung gar nicht die Lust dazu hat, ihnen die Mittel in die Hand zu geben. Fürsorgeeinrichtungen für die Studenten zu schaffen, wäre eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Er aber hat wohl Millionen Kronen für den Militarismus übrig, aber kein Geld für die Schulen. Die geringe Zahl proletarischer Studenten an den Hochschulen führt einen schweren Kampf nicht nur um ihre Existenz, sondern auch um die Aufrechterhaltung ihrer Verbindung mit der Arbeiterklasse, da tausende Einflüsse sich geltend machen, die proletarischen Studenten ihrer Herkunft und ihrer Klasse zu entfremden. Wir sozialdemokratischen Studenten haben die Aufgabe, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Mit Bebauern stellen wir fest, daß tschechische und deutsche sozialdemokratische Studenten im Laufe der vergangenen Jahre manchmal gegeneinander gestanden sind, aber heute schon tragen wir in uns die Versicherung, daß die Mauern zu fallen beginnen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß infolge eines einigen Zusammenarbeitens der beiden sozialdemokratischen Parteien auch die sozialdemokratischen Studenten aller Nationen in Prag sich recht bald zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampf zusammenfinden werden. Die sozialdemokratische Studentengruppe erachtet es als ihre höchste Pflicht, nicht als separate Organisation, sondern innerhalb der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu streiten. (Beifall.)

Genossin Klier, Komotau:

Am schwersten unter der Herrschaft des Finanz- und Agrarkapitals leidet das Landproletariat, das bis zum Umsturz vollkommen unter dem Einfluß des Bürgertums stand. Dann erhielten die Landproletarier einige bescheidene Rechte, aber von vielen großen Errungenschaften der übrigen Arbeiterklasse sind die Landarbeiter auch heute noch ausgeschlossen. Und die Bürgerregierung geht sogar daran, das Los des Landproletariats noch weiter zu verschlechtern. Trotz der Anarzölle und trotz der Millionengewinne kennt das Agrarkapital in seinem Dasein gegen die Landarbeiterschaft keine Grenzen. Ein großer Teil von ihnen muß mit Wahlenlöhnen von dreißig bis fünfzig Kronen leben. Gerade im Landproletariat nimmt die Tuberkulose, wie die Statistiken lehren, immer mehr zu, was allein auf die elenden Lebensverhältnisse zurückzuführen ist. Die Landarbeiter protestieren gegen das ungeheure Unrecht, das man ihnen antun will, nämlich gegen ihre Ausschließung aus der Sozialversicherung. Das Landproletariat ist angewiesen auf die Hilfe der Gesamtarbeiterschaft und darum geht von diesem Kongreß auch der Ruf aus, die Landarbeiter in ihrer bedrängten Lage zu unterstützen. Lassen Sie diesen Appell nicht ungehört vorbeigehen. (Beifall.)

Genosse Ing. Winter, Pilsen:

befähigt sich insbesondere mit den Angriffen der Koalition auf die Sozialversicherung und weist darauf hin, daß der Zinsfuß der Sozialversicherung gerade in einer Zeit von 4 Prozent auf 4,5 Prozent hinaufgesetzt werden soll, da der Finanzminister die amerikanischen Anleihe von 7,5 Prozent auf 5 Prozent konvertierte. Wir haben durchaus keine Garantie dafür, daß der fünfprozentige Zinsfuß erhalten bleibt, es ist durchaus möglich, daß er in absehbarer Zeit von fünf auf vier Prozent herabgesetzt wird. Seit der Einführung der Sozialversicherung sind die Kurse der Börse gestiegen, was uns eine unfähige Verwaltung gibt, von den Gewinnen der Industrie. Die nationaldemokratische Presse wirft uns tschechischen Sozialdemokraten vor, daß wir uns in

den Armen unserer deutschen Genossen befinden. Das sagt gerade das Organ jenes Mannes, der den Kecal macht in der Geiratsvermittlung zwischen dem deutschen Michel und der tschechischen Marinka. Im Jahre 1920 hat die tschechische Sozialdemokratie mit der Hand nach der Macht gegriffen. Die Kommunisten waren es, welche diese Hand weggezogen haben. Nun ist uns eine neue Waffe in die Hand gegeben: die Vereinigung der Kräfte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Nationen in der tschechoslowakischen Republik.

Es wurden sodann die beiden Resolutionen

über die Sozialversicherung sowie über die sonstigen sozialpolitischen Forderungen verlesen. Die Abstimmung ergab ihre einstimmige Annahme.

Eine große Rede Dr. Soutup:

Der Vorsitzende erteilte hierauf dem Genossen Dr. Soutup das Wort zu folgender Rede, die, mit Begeisterung gehalten, vom Kongresse auch immer wieder begeistert unterbrochen und zum Schluß mit stürmischem Beifall akklamiert wurde:

Der Vorsitzende erteilt sodann das Wort dem Genossen Dr. Franz Soutup zu einer Rede folgenden Inhalts:

Es sind heute 22 Jahre, da wir, tschechische und deutsche Sozialdemokraten aus Böhmen auf dem bewundernswürdigen Kongreß in der Prager Produktionsbörse zusammenkamen. Viele sind aus dem heutigen Kongreß, welche auch damals anwesend gewesen sind. Wie hat sich doch die Welt seither geändert! Damals standen wir im Kampfe um das allgemeine und gleiche Stimmrecht in Österreich, um die politische Demokratie — heute stehen wir im Kampf für die wirtschaftliche Demokratie, für den Sozialismus.

Genosse Czech hat unsern reueren Zeff, unsern Josef Seliger gedacht. Am 4. November 1918 war Seliger bei uns in Prag. Damals fielen die Worte: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht.“ Seit dieser Zeit hat die Geschichte gesprochen und entschieden. Aber die Geschichte ist nicht stehen geblieben, die Geschichte geht weiter. Die früher gespaltene Sozialdemokratie nähert sich wieder. Ich erinnere an den vorjährigen Prager und Teplitzer Kongreß und ich denke daran, wie tief ich bewegt war, als ich im Vorjahr anlässlich des Teplitzer Kongresses wieder mit den deutschen Genossen auf dem Teplitzer Marktplatz stand, auf demselben Orte, wo ich einst unter österreichischen Zeiten so oft neben Josef Seliger gesprochen habe.

Es sind heute 30 Jahre, seit dem in Prag auf der Schützeninsel der gemeinsame Kongreß der Sozialdemokratie Österreichs abgehalten wurde. Es war dies im Jahre 1897 in der Zeit des Wahlkampfes in den österreichischen Reichsrat. Damals haben wir zum erstenmal in Prag Viktor Adler sprechen gehört. Es waren dies unerschöpfliche Augenblicke. Heute kann ich sagen, daß es in meinem Leben zwei Männer waren, die am tiefsten in meine Seele eingegriffen und die ganze Richtung meines Lebens bestimmt haben. Der eine sprach auf dem Rathgeber der Universität, der andere auf der Tribüne des Proletariats. Beide Revolutionäre. Es waren dies Viktor Adler und Thomas Masaryk. Zwei Namen und zwei Symbole. Thomas Masaryk als Symbol der Republik und Viktor Adler als Symbol des internationalen Sozialismus. Zehn Jahre ist Viktor Adler tot, zehn Jahre ist Thomas Masaryk Präsident der Republik. Die Republik und der Sozialismus leben! (Langanhaltender Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich war vor zwei Jahren Zeuge des Kongresses der Sozialdemokratie der deutschen Republik in Heidelberg. Ich war dort begeistert von der großen Rede, die der Vorsitzende der Partei Otto Wels für die deutsche Republik gehalten hat. Wir waren als Delegierte der Internationale in Wien und Zeugen der großartigen Rundgebung, einer der größten in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Welt. Vier Stunden marschierte an uns die österreichische Sozialdemokratie vorbei. Ihre Arbeiterwehr, vier Stunden haben wir diese gewaltige und alles überragende Manifestation gegen die Habsburgerreaktion und für die Republik. Die Genossen in Deutschland liehen ihre österreichische. Und sind bereit, alles für sie zu opfern und zu ihrem Schutze auch mit der Waffe in der Hand dazustehen. Sie alle begreifen und verstehen, daß auch wir diese tschechoslowakische Republik lieben und in gleicher Weise bereit sind, für sie alles zu opfern. Nicht allein deswegen, weil es eine Republik ist, sondern auch deswegen, weil die Republik die Voraussetzung der Freiheit aller Bedrückten, die Voraussetzung des Sozialismus ist. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Zehn Jahre ist es her, seitdem ich den Apriltag der Nation geschrieben habe. Es war dies ein Eid für die Freiheit der Nation und für ihre republikanische Demokratie. Allein wir wußten, daß unsere Aufgabe damit noch lange nicht erfüllt ist. Vor unserm geistigen Auge sind Millionen von Gräbern, Millionen von Arbeitern, die im Weltkrieg gefallen sind, Millionen von Opfern. Und dieser Kongreß — das ist mein Eindruck — erscheint uns und unserer gesamten Arbeiterschaft als

ein neuer Eid,

eine neue Verheißung und eine neue Verpflichtung! Weiter zu kämpfen von der Befreiung einer unterdrückten Nation zur Befreiung der unterdrückten Menschen,

von der demokratischen zur sozialistischen Republik!

Der Bericht der Mandatprüfungskommission.

Im Namen der Mandatprüfungskommission berichtet Genosse Kögler, daß an dem — Kongreß 447 ordentliche Delegierte teilnahmen. Davon gehören an: 240 der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 194 der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 8 der polnischen Sozialdemokraten und 5 der karpathorussischen Sozialdemokraten. In die Summe der tschechoslowakischen Delegierten sind 4 Vertreter der ungarischen sozialdemokratischen Arbeiter in der Slowakei eingerechnet. Mit beratender Stimme nehmen am Kongreß die Abgeordneten und Senatoren teil, soweit sie nicht mit besonderen Mandaten ausgestattet sind und delegationsberechtigte Körperschaften vertreten. Von Institutionen und Körperschaften, welche der Sozialdemokratie nahestehen, wurden 59 Delegierte ernannt. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist durch zwei Delegierte vertreten.

Es ist dies ein großer und heiliger Kampf. Gefallen sind die Monarchen des Feudalismus, fallen werden auch die Monarchen des Kapitalismus! (Stürmischer Beifall.)

Zu Beginn dieses unseres Kongresses haben wir den Song unserer „Internationale“ gehört. Ich gedenke des Jahres 1904 des Internationalen Kongresses in Amsterdam, an dem ich gemeinsam mit Anton Kamec teilgenommen habe. Vor meinem geistigen Auge defiliert eine Reihe unsterblicher Gestalten des internationalen Sozialismus: Jaurès, Bebel, Viktor Adler, Kautsky, Branting, Plechanov, MacDonald, Vandervelde und eine Reihe anderer. Die Internationale lebte und die Internationale lebt! Und es wird kommen der Tag, da sie nicht nur das Symbol der Einheit sein wird, sondern das Organ und das Werkzeug der Aktion. (Beifall.)

Bei uns herrscht heute die Reaktion, aber nur deswegen, weil die Arbeiterschaft uneinig ist. Wir

Das Schlusswort de Wittes.

Genossen und Genossinnen! Wir sind am Schluß dieses herrlichen, von keinem Mißton getrüben und vom Geiste brüderlicher Solidarität getragenen Kongresses angelangt. Es ist die Ehrenpflicht des Präsidiums, in dieser Stunde allen denen, die diese Tagung angeregt, die sie vorbereitet und ihren ungemein würdigen und wichtigen Verlauf herbeigeführt haben, ein herzliches Wort des Dankes zu sagen. (Beifall.) Dieser Kongreß ist eine Tat gewesen, er ist in schwerer Zeit, in einer Zeit, da die Völker dieses Staates und da vor allem die Arbeiterklasse dieses Staates unter dem schweren Druck einer übermächtig gewordenen Klasse des Ausbenters gestanden ist, eine erlösende, eine befreiende Tat gewesen. (Beifall.) Er wird, wie wir alle hoffen, das Signal sein, das von hier an alle Arbeiter hinausgeht, Brüder und Schwestern zu sein und zu rufen zum gemeinsamen Kampfe gegen die gemeinsame Ausbenterklasse, gegen die uns allen gemeinsame Klasse unserer Unterdrückten.

Wohl sind wir uns auch auf diesem Kongresse alle, wie wir hier beisammen sind, darüber klar, daß zu einer vollen Einigung noch die Hindernisse vieler Hindernisse notwendig ist. Es gehört nicht zu den Traditionen der sozialdemokratischen Parteien Vogel-Strauß-Politik zu spielen, den Kopf in den Sand zu stecken. Aber eines ist auf diesem Kongreß lebendig angekommen worden:

Der Wille lebt, alle diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen (Beifall).

Wir wissen, das wird Arbeit, viele und schwere Arbeit, große und mannigfaltige Mühe kosten, aber wir wissen auch das: der Preis ist aller dieser Mühen wert. Schon daß wir zusammengekommen sind, nach 22 Jahren der Trennung, ist ein Beleg dafür, daß dieser Wille in allen Sozialdemokraten lebendig ist, die Bahn frei zu machen.

Wir sind überzeugt, daß dieser Kongreß in der gesamten Arbeiterschaft deshalb ein lebendiges Echo erwecken wird und daß er draußen auf dem Lande wie eine Verheißung wirken wird.

Die Vertreter aller sozialdemokratischen Männer und Frauen und die sozialdemokratische Jugend dieses Staates sind hier beisammen gewesen, ein Wille hat sie alle befeuert, der eine Wille, daß dieser Kongreß nicht ein Schlupfloch, sondern daß er ein Anfang sein soll, ein Anfang auf dem Wege zur Gestaltung der einheitlichen Kampffront der Proletariats der tschechoslowakischen Republik.

Einmal waren viele Arbeiter noch im Banne der bürgerlichen nationalistischen Ideologie. Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß dieser Nationalismus nur eine Geschäftssache, nur ein Deklamation für die Flusmacherei seiner Propagandisten ist. Die tschechischen Arbeiter haben gesehen, wie ihre Bourgeoisie, der es nur um den Profit gegangen ist, ohne weiteres aus der internationalen Koalition hinausgegangen ist und ein Bündnis mit der deutschen Besitzklasse zur gemeinsamen Unterdrückung der deutschen und tschechischen Arbeiter geschlossen hat. Die deutschen Arbeiter dieses Staates haben durch die Erfahrungen der letzten Zeit nur erneut bestätigt erhalten, daß ihr Bürgertum daselbe geblieben ist, das es seit jeher war, noch genau so reaktionär, genau so rücksichtslos gegen die Massen der armen Volksgenossen, noch genau so antisozial und so schärfmachend wie ehedem. Diese Bourgeoisie hat tatsächlich durch alle die Ereignisse von damals bis heute nichts gelernt und nichts vergessen. Wir denselben Ansichten und Methoden, die sie gehabt hat in früherer Zeit, ist diese Bourgeoisie nur von Wien nach

sind hier zwei große Parteien. Beide mehr als 50 Jahre alt. Die Generationen kommen und gehen, die Sozialdemokratie bleibt! Unsere gemeinsam operierenden Armeen sind groß, rechts und links von uns operieren andere Armeen. Das arbeitende Volk aller dieser Armeen zu einem Programm und einem Vormarsch zu einigen, ihm ein gemeinsames Herz und Hirn zu geben, was werden das für herrliche Kämpfe und für herrliche Siege sein! Wir sind hier der Schutz der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterschaft und die Schützer der Demokratie. Wir sind die Garantie des Sozialismus. Ganz Europa geht nach links. Es kommt die Zeit, wo sich auch die Kerker Rußlands öffnen werden und wo der demokratische Sozialismus auch in diesem Weltreich gemeinsam mit uns feiern wird. (Beifall.)

Am 5. August werden wir auf dem Kongreß der sozialistischen Internationale in Brüssel stehen. Wir werden dort stehen mit neuer Macht und neuem Glauben! Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, da wir uns begreifen und verstehen werden.

Treue um Treue — Liebe um Liebe.

Die Verhältnisse ändern sich. Mit den geänderten Verhältnissen ändern sich auch Vorgehen und Taktik. Aber was bleibt, ist unser altes Programm und unser alter Geist! Das ist jener Geist, der uns ergreift, da wir zum erstenmal anfangen, politisch zu denken, das ist jener Geist, der uns durch das ganze Leben geführt hat und mit dem wir auch ins Grab steigen.

Dieser alte Geist, das ist der Geist, der unsterblichen internationalen Sozialdemokratie. Und darum können wir heute stolz und mit erhobenem Haupte rufen: Es lebe die sozialistische Arbeiterinternationale. (Stürmischer Beifall.)

Vom Präsidium werden dann noch verschiedene eingelaufene Begrüßungsschreiben bekanntgegeben, darunter auch ein Schreiben der unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei, das wir an anderer Stelle wiedergeben.

Prag übersteht. Sie war antidemokratisch, antisozial, volksfeindlich zur Zeit als sie noch unten an der Donau den Kurs angeben hat, jenen Kurs, der dann gemündet hat in ein Meer von Blut und Jammer und sie ist um kein Haar besser, da sie jetzt an der Moldau ihr Unwesen treibt.

Sie ist militärfromm und militärfeindlich und wieder militärfromm, je nachdem sich das Geschäft fruchtbarisieren läßt. Absolutismus oder Demokratie, Liberalismus oder Merkantilismus, los von Rom oder hin zu Rom, Hochverrat als nationale Pflicht und Bekenntnis zum Staate: es kommt ihr auf keine Phrase an. Ihr Weg ist gepflastert mit abgelegten Ideen. Sie haben Eide geschworen für den Kampf ums Selbstbestimmungsrecht und in der nächsten Stunde verraten. Sie haben sich völlig genannt und nicht geögert den Bestand der großen Massen des eigenen Volkes zu untergraben, sie haben ein goldenes deutsches Herz, wie die andern ein goldenes tschechisches, ein goldenes maggarisches Herz haben, aber sie lassen dieses Herz lieber brechen, als daß sie den Massen des Volkes ein Dach über den Kopf gönnen, wenn dieses Dach nicht zehn Prozent Gewinn trägt.

Sie weinen Tränen über die Armut des Volkes, aber sie müssen ihm das Brot verteuern. Sie jammern über das Leid der Kranken, aber sie müssen jetzt die Sozialversicherung der Arbeiter verschlechtern. Sie wehklagen über die Not der Invaliden und der Witwen und Waisen, aber sie müssen ihnen trotz alledem die Rente streichen. Fünf Nationen gehört die Bourgeoisie in der tschechoslowakischen Republik an, schwört ihr jeweils die Treue und alle diese nationalen Treuezusammengungen hat doch nur einen einzigen Zammelnamen: Money (Geld). Die tschechischen Arbeiter haben ihre Bourgeoisie kennen gelernt, die deutschen kennen die ihre seit langem.

Sie mißt ihr Deutschtum nach Zins und Zinseszins und ihr Profit ist ihr Prophet.

Die Betrachtung vor dem Arbeiter, der Wille, den Arbeiter zu einem rechtslosen ohnmächtigen Ausbenterobjekt zu machen, beherrschte diese ganze bürgerliche Front. Die Profitjäger aller Völker haben sich bereits gefunden. Sie nützen ihre Zeit, jeder Tag lehrt uns dies mit neuer Deutlichkeit, mit neuer Entschiedenheit und neuer Not. Die Arbeiter registrieren diese Tatsache, aber sie wollen mehr als dies, sie

wollen, daß dahin gearbeitet werde, daß der internationalen Ausbenterfront die geschlossene, zirkelnde Abwehrkampffront der Arbeiter gegenüber gestellt werde.

Das ist die Seele dieses Kongresses. Wir wollen leben und nicht nur vegetieren. Wir wollen als Brüder und Schwestern leben, als freie Menschen auf diesem Stück Erde im Rahmen der tschechoslowakischen Republik. Wir geloben deshalb heute, daß wir Schulter an Schulter den Kampf gegen den Bürgerblock aufnehmen wollen, daß wir den Kampf gemeinsam gegen die Reaktion aufnehmen. Wir geloben auf diesem Kongreß, daß wir gegen die Feinde der Sozialpolitik gemeinsam vorwärtsrücken wollen. Wir verbünden uns für das Heute, aber wir sprechen auf diesem Kongreß auch über das Morgen.

Wir wollen den Schwierigkeiten, die sich uns in den Weg stellen, trosten, diesen Weg erarbeiten, erarbeiten die eine sozialdemokratische Front, auf daß wir uns in gemeinsamem Kampf finden,

zum Kampfe für unsere und unserer Kinder Zukunft.

Wir hoffen also, daß dieser Kongress der erste Stufenstein der Stunde werde, welche die Schicksalsstunde des Proletariats in der Tschechoslowakischen Republik anzeigt. Die Genossen Adler und de Brongnere, die Köpfe der Internationalen von einem stolzen und für die Zukunft verheißungsvollen Tag des internationalen sozialistischen Gedankens in der Tschechoslowakischen Republik berichten. Die sozialdemokratischen Parteien dieses Staates sind wirklich auf dem Wege, heute dahin zu gelangen, daß sie Kreisführer des Sozialismus auf einem Boden werden können, auf dem das Proletariat nur vorwärts kommen kann, wenn es die Grundtatsache brüderlicher Solidarität als erste in ihr Programm setzt. Dieser Geist hat hier Triumphe gefeiert. Dieser Kongress war somit eine Kampftagung und zugleich eine Festtagung. Er war, wie wir alle von ihm hoffen, der Rückgrat einer besseren Zeit. Die Not war es, die uns zusammenführte, aber nicht allein die Not. Auch die Sehnsucht der Arbeitermassen, der heilige Wille unserer Vertrauensmänner, waren es, die uns zu diesem Kongress wiesen, die uns zusammenführten.

Genossen und Genossinnen! Wir haben reiche und schwere und bittere Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter wurden geschlagen, weil sie uneinig waren. Aber wir wissen: Ein treues Kampfbündnis wird uns unüberwindlich machen. Deshalb glaube ich am Schluß dieses Kongresses allen den Teilnehmern, all den Hunderten und Aberhunderten von Vertrauensmännern, Männern und Frauen zutrauen zu können:

Tragt die Kunde von diesem Kongress hinaus in Stadt und Land, ins Erzgebirge und ins Riesengebirge, in die Karpaten und in den Böhmerwald, tragt sie hinaus in Fabriken und

Hütten, erwecket das Volk, rufet das Volk auf und die Millionen von Herzen, entzündet das heilige Feuer der Brüderlichkeit, das Feuer der Solidarität, das heilige Feuer des Sozialismus. So bannen wir die Schatten der Vergangenheit, so rufen wir die Morgenröte einer neuen und helleren Zeit (Beifall).

Groß und schwer ist, wie schon einmal gesagt, noch die Aufgabe, die uns bevorsteht. Aber wir haben uns auf diesem Kongress doch verpflichtet, für ihre Lösung zu sorgen, verpflichtet nicht nur mit den Worten, die in der Resolution stehen. Wir haben uns verpflichtet angesichts der ungeheuren Begeisterung, die auf diesem Kongress herrschte und verpflichtet durch den Ausdruck der tiefen Sehnsucht, die aus allen Worten dieses Kongresses und aus den Gründen seiner Einberufung hervorgegangen ist. Wie groß die Aufgaben auch sind, ein guter Wille muß vor allem vorhanden sein. Überwinden wir in uns selbst all das Hemmende. Die Sehnsucht des Volkes, die Freiheit des Volkes, das Glück des Volkes, das soll es sein, was uns bestimmt. Über allen anderen muß dieses eine Ziel vor unseren Augen stehen, keine Herren und keine Knechte, gleiche Pflichten aber gleiche Rechte (Beifall). Unterdrückte Völker, unterdrückte Menschen gehören zum Volke der kapitalistischen Herrschaft. Das Ziel, das wir uns setzen, heißt: Diese Gesellschaft zu beseitigen. Wir gehen deshalb von diesem Kongress hinaus in das Land. Wir wecken die Schlafenden, erheben die Müden, machen aus Leidenden Kämpfer.

Ein einziger Ruf soll es sein, in den Millionen einstimmen, von den Waldbergen Karpathenlands bis in das Egerland, von der Elbe bis an die Donau: Es lebe der Trug, es lebe der Kampf, es lebe die internationale, Länder und Völker befreiende Sozialdemokratie (lebhafter Beifall).

Das Schlußwort des Genossen Hampl.

Better Kongress, Genossinnen und Genossen! Dieser Kongress nähert sich seinem Ende. Ich glaube, es ist nicht der Ausdruck einer besonderen Höflichkeit, wenn ich von dieser Stelle nochmals allen danke, die sich um die Veranstaltung des Kongresses verdient gemacht haben und wenn ich insbesondere den Vertretern der Internationale danke (lebhafter Beifall), welche durch ihre Anwesenheit nicht nur ihr lebhaftes Interesse bekundet haben, sondern auch damit der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, daß es sich hier um

einen wichtigen Akt nicht nur der Arbeiterpolitik, sondern auch der innerstaatlichen und der auswärtigen Politik handelt.

Es ist notwendig, uns das Ergebnis des Kongresses nochmals vor Augen zu führen und seine Ergebnisse zu werten. Mein Vorgesand hat in markanter Weise aufgezeigt, welche Bedeutung der Kongress insbesondere für die breiten Arbeiterschaften hat. Der Erfolg der Tagung an und für sich könnte für den Gedanken und die Ziele, die wir anstreben, allein nicht genügen. Es ist notwendig, die ständige und innere Kraft dieses Kongresses hervorzuheben, um seinen moralischen und auch politischen Wert abzuschnüren. Womit kamen wir zum Kongress? Wir kamen alle mit dem besten und ehrlichsten Willen, uns zu einigen (so ist es, Beifall). Ich glaube, daß bei der strengsten Analyse — und Sie wissen, daß die Analyse der inneren Verhältnisse immer sehr gründlich sein muß — auch der schwärzeste Pessimist sich nicht darüber beklagen könnte, daß dieser wirkliche Wille nicht in jedem von uns zum Ausdruck gekommen wäre. Diese Tatsache besteht, aber wir müssen weiter fragen: Sind die objektiven Bedingungen gegeben, daß wir ohne Belastung unserer Verantwortlichkeit diesen Kongress einberufen und in Tausenden und Millionen von Angehörigen der arbeitenden Klasse Hoffnungen erwecken konnten? Auf diese Frage können wir ruhigen Gewissens antworten. Wir alle und auch die deutschen Genossen hatten das Bewußtsein, daß die Verhältnisse dazu reif geworden sind. Zwischen uns gab es niemals grundsätzliche Unterschiede. Deutsche, tschechoslowakische, karpathenrussische, magyarische, polnische Sozialdemokraten sind wir alle einer Idee ergeben, von einem Geist erfüllt, alle bekennen wir uns zum internationalen Sozialismus. Diese grundsätzliche Voraussetzung war uns durch unsere Erziehung und durch unser Programm gegeben. Es handelte sich um das, die Probleme zu betrachten, wie sie erscheinen, wenn man an ihre Verwirklichung schreitet. Alle kennen wir die Wahrheit, die in dem großen Worte verkörpert ist, daß wir vereinigten alles, und gespalten nichts sind. Wie alle fühlten die Ohnmacht der Stellung, da zwischen uns nicht gleich von Anfang an ein festes freundschaftliches Verhältnis geschaffen werden konnte. Wir alle haben uns in unserem Innern bedrungen geschämt. Gleichwohl sind wir uns heute der Schwierigkeiten, welche unmittelbar nach dem Kongress eingetreten sind, bewußt. Wir wissen auch, daß in den Arbeitermassen in dieser Zeit der Glaube vorhanden war, daß da die Nachkriegsrevolution vieles ohne besondere Anstrengung und Arbeit gebracht haben, man auch auf die Ergebnisse unserer übrigen Bestrebungen ruhig warten könne.

Die Arbeiterschaft ergriff den Glauben, man könne auf die Revolution warten.

Diesen Glauben hat der romantische Sozialismus, der Kommunismus, ausgenützt. Wir Tschechen und Slowaken haben die kommunistischen Methoden schwer gespürt. Die politische Form erwarb Slowakei wurde in erster Linie zum Tummelplatz des politischen Romantismus und der politischen Demagogie. Auch da mußte eine gewisse Zeit verstreichen und die Entwicklung mußte zeigen, daß es keine objektiven Bedingungen gibt, die anzeigen, daß die soziale Re-

volution schon morgen kommen wird. Die Erkenntnis, daß diese Annahme der Kommunisten nicht der Wahrheit entspricht, bedeutet für uns eine günstige Wandlung. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Entwicklungsmöglichkeiten gut abgeschätzt hat. Wir mußten auch damit rechnen, daß die Psychologie der deutschen Bevölkerung respektiert werden muß. Aber auch da reifen die Verhältnisse und wir haben gesehen, daß die deutsche und tschechische Bourgeoisie sich zu einigen verstehen. Beide reden in ihrer Presse sehr radikal, in der tschechischen Presse lieh es sogar „Die Deutschen in die Regierung, wie in die Revolution“, aber jeder weiß, daß die tschechischen Nationalisten, die Nationaldemokraten sich schon längst nach dem Eintritt in die Regierung sehnen. Dieser Kongress ist noch nicht zu Ende und schon schreibt das Organ dieser Partei einen Artikel unter dem Titel „Die Rückkehr der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in die Dienste der deutschen Genossen“ (Heiterkeit). Uns läßt das kalt. Wir unterschätzen nicht die Kraft der Nationalisten in diesem Staate, aber

wir haben es verstanden, schon in einer Zeit unseren eigenen Weg zu gehen, da es sehr unpopulär war,

aber wir mußten diesen Weg gehen und wir werden auch jetzt vor dem tschechischen Volk unser Vorgehen zu verantworten wissen. (So ist es.)

Es ist eine Tatsache, daß in den breiten Massen der Arbeiterschaft eine Wandlung eintritt. Eine Wandlung, die wir beschleunigen müssen, und zu der auch dieser Kongress beitragen wird. Wir haben uns eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, weil wir uns dessen bewußt sind, daß wir die Arbeiterschaft nicht täuschen dürfen, und daß wir nur solche Hoffnungen erwecken können, die befriedigt werden können. Auf der anderen Seite aber dürfen wir die Änderung der Verhältnisse nicht unterschätzen und nicht unterschätzen den Willen der tschechischen, deutschen und übrigen Arbeiterschaft (Beifall). Alle Arbeiter haben die Verhältnisse schon satt. In der tschechoslowakischen Republik, wo ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung im Lohnverhältnis als Arbeiter oder Angestellte tätig sind, ist es ein Anachronismus, wenn es eine Regierung gegen die Arbeiter gibt. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wir müssen den Willen zur Macht haben und müssen solche Verhältnisse auf der linken Seite der Gesellschaft schaffen, damit die Entscheidung über unser Schicksal in unsere eigenen Hände kommt. Deswegen müssen wir auch die Arbeiter, die unrichtig orientiert sind, aus den Armen der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei reißen. Auch dazu soll dieser Kongress beitragen, der die Aushöhlung eines gemeinsamen Gedankens, eines gemeinsamen Vornarrsches ist, welcher uns schon auferlegt wurde durch das kommunistische Manifest. Dieser Kongress hat eine politische Revolution beschlossen und seinen Willen kundgetan, einen gemeinsamen Ausbruch zu schaffen. Damit wurde uns eine Direktive gegeben und auf diesem Wege werden wir weiter arbeiten.

Wenn wir von diesem Kongress weggegangen sind, sagen Sie es den Arbeitern und Arbeiterinnen, daß, wenn uns auch noch Hindernisse erwarten, wir doch alle den ehrlichen, festen Willen haben, alle diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen. (Beifall.) Auch psychologisch wird dieser Kongress in einer günstigen Situation abgehalten. Wir sind im weiteren Vornarrsch.

Das gemeinsame Vorgehen bedeutet die Vertiefung unserer Angriffsfront in Werkstätten und Fabriken,

wo die Arbeiterschaft von der Verletzung betroffen, einen schweren Kampf um ihre Lebenshaltung führen muß. Wir müssen das Signal zu zweifelhafte Arbeit geben. Wenn man heute die Stabilität der Regierung betrachtet, dann scheint es, daß das hei-



Das lebende Bild der Turner.

lige Feuer der Begeisterung, das dort entflammt ist, infolge der Geschenke, welche sich die Herren auf Kosten der ärmeren Bevölkerung gegeben haben, zu Ende brennt. Wo gestern der Adelige stand, steht heute der Elterale und morgen werden wir Arbeiter und Sozialisten kommen.

Ich danke Euch allen nochmals herzlich und gehen wir nun heran an fleißiger, eifriger Arbeit, welche die einzige Bürgschaft unseres erfolgreichen Vorgehens ist. (Vorgeschlagener Beifall.)

Sowohl nach dem Schlußwort De Wines als auch jenem Hampls erhoben sich die Delegierten, bewegt von der Größe des Augenblicks jedesmal von den Sitzen und gaben immer wieder durch stürmischen Beifall ihrer Willensgemeinschaft Ausdruck. Nachdem Genosse Hampl die Tagung als beendet erklärt hatte, stimmten die tschechischen Genossen das Lied der „Roten Fahne“ an und nach ihnen die deutschen Genossen die „Internationale“, in deren Abgang sich dann der gesamte Kongress teilte.

Für den Kampf um ein größeres Stück Brot, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Lebenshaltung.

Die sozialpolitische Entschliebung des Kongresses.

Die im letzten Jahre eingetretene wirtschaftliche Besserung ist den arbeitenden Schichten der Bevölkerung in keiner Weise zugute gekommen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der herrschenden Parlaments-Mehrheit dient ausschließlich den Interessen der besitzenden Klassen, dem Finanz- und Industriekapital und vor allem der Agrarbourgeoisie. Sie ist lediglich auf die Steigerung der Profitrate und auf die Hebung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen, aber nicht auf die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen bedacht. Auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung geht die herrschende Reaktion zum offenen Kampf auf bestehende Einrichtungen über und bedroht die Arbeiterklasse in den wichtigsten Errungenschaften der früheren Jahre. Der gemeinsame Kongress der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei kann in der einseitigen Steigerung der Gewinne der Kapitalisten keine Gesundung der Wirtschaft erblicken, sondern nur in der Förderung der Lebenshaltung, der Gesundheit und der kulturellen Hebung der breiten Massen des arbeitenden Volkes. Deshalb steht der Kongress dem reaktionären Programm des Bürger- und Großbauernbunds die Forderung nach dem Schutze der Arbeitskraft und der Hebung der Lage der arbeitenden Klassen entgegen.

Die durch die internationale wirtschaftliche Entwicklung erzwungene Nationalisierung der Produktion darf nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgen. Deshalb werden die sozialdemokratischen politischen Parteien der Arbeiterschaft alle Bestrebungen der freigezwecklichen Organisationen tatkräftig unterstützen, die auf eine Erhöhung der unerträglich niedrigen Löhne gerichtet sind. Als gesetzgeberische Maßnahmen in dieser Richtung fordert der Kongress die Verbesserung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse Betriebsräte im Bergbau) sowie wirksamer Einflussnahme der Arbeiterschaft auf die Produktion und die Preisbildung. Er fordert den gesetzlichen Schutz der Kollektivverträge, die verstärkte Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit und aller Arbeiterschutzbestimmungen überhaupt. Dazu ist die Gewerbe (Gruben-) Inspektion entsprechend auszubauen und durch die Vertiefung der Arbeiter aus den Betrieben, sowie durch Verleihung einer angemessenen Exekutivgewalt an die Inspektionsämter, wirksam zu gestalten.

Trotz dem besseren Geschäftsgange weilt die überaus unvollständige Statistik des Arbeitsmarktes ein trübseliges Bildverhältnis zwischen Stellenangeboten und besetzten Stellen auf. Daher fordert der Kongress die Einführung einer obligatorischen, ausschließlich auf die Mitwirkung der Werkstätten angelegten Arbeitsvermittlung. Weiters fordert er die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung. Der Kongress fordert ausreichenden Schutz der arbeitenden Jugend entsprechend dem Jugendbesch-

Begrüßungsschreiben.

Von Genossen Richard Bernstein, Redakteur des Berliner „Vorwärts“, der lange Jahre im Gabelnzer Gebiet tätig war und unseren nordböhmerischen Genossen aus dieser Zeit noch bekannt sein dürfte, langte nachträglich noch folgendes Schreiben an unsere Partei ein:

„Liebe Freunde,

zu meinem schmerzlichen Bedauern ist es mir leider nicht möglich, an Eurer Konferenz und dem darauf folgenden ersten gemeinsamen Kongress aller Sozialdemokraten in der CSK teilzunehmen. Aber als alter Funktionär Eurer Partei, in der ich die schönste Zeit meines Lebens verbracht habe, während der wir mit den tschechischen Genossen reibungslos zusammengewirkt haben, drängt es mich, Euch meine herzlichsten Grüße und Wünsche zu entbieten. Hoffentlich sind nun die Jahre des Zwiespalts und Mißverständnisses überwunden; der vereinte Sozialismus wird schließlich auch die Spaltung überwinden!“

programm, das von dem internationalen Gewerkschaftsbund und von der sozialistischen Jugendinternationale aufgestellt worden ist.

Er fordert die Vereinheitlichung des gesamten Arbeitnehmerrechtes, die Schaffung von Arbeitsämtern mit gleichmäßiger Vertretung der Arbeiter und Unternehmer unter Leitung eines Sachverständigen des Arbeiterrechtes, Ausschaltung des Einflusses der staatlichen Bürokratie in den sozialen und arbeitspolitischen Einrichtungen. Er fordert ferner die zeitgemäße Ausgestaltung der Angestelltenrechte und die endliche Erledigung des Geschäftswortes über die Arbeitsgerichte.

Die öffentlichen Angestellten aller Kategorien sind durch das Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 schwer enttäuscht worden. Infolge der ungerechten Systemisierung wirkt sich dieses Gesetz zum schwersten Nachteil der öffentlichen Angestellten aus.

Der Kongress fordert daher die Neuordnung der Systemisierung auf dem Wege der Gesetzgebung und die Wiederherstellung der schon im alten Österreich erlassenen automatischen Vorrückung.

Der Kongress unterstützt die berechtigten Forderungen der Pensionisten auf restlose Gleichstellung aller Kategorien ohne Ausnahme auf Grund der Durchrechnung der Dienstjahre und stellt fest, daß der im Parlament in Behandlung stehende Gesetzesentwurf diesen Forderungen auch nicht im entferntesten entspricht.

Die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen erfordert dringend, daß endlich die ungeheuren Lasten der indirekten Steuern sowie der Zölle auf Lebensmittel und Bedarfsgegenstände beseitigt wird. Die letzte Steuerreform hat den besitzenden Klassen gewaltige Vorteile, dagegen der Arbeiterschaft den Steuerabzug vom Lohn gebracht. Eingegangenen Klagen sich die auf den Massenverbrauch lastenden Steuern und drücken die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten immer tiefer herab. Auch in Zukunft sollen die indirekten Steuern in der alten Höhe erhalten bleiben, was nur zu demnach aus der geplanten Umgestaltung der Spiritussteuer hervorgeht. Der Kongress der sozialdemokratischen Parteien fordert rasche und gründliche Umkehr in der Steuerpolitik des Staates.

Die beabsichtigte Erhöhung, bzw. die Neueinführung von Kommunalabgaben, die ausschließlich oder überwiegend die Besitzlosen belasten, fordert den schärfsten Widerstand heraus. Deshalb verlangt der Kongress die Wiederherstellung der finanziellen Selbstständigkeit der autonomen Körperschaften, damit diese die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse durch Besteuerung der wirtschaftlichen Stärkeren zu decken und ihre sozialen und kulturellen Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen.

Zum Schutze der konsumierenden Bevölkerung fordert der Kongress die Erlassung eines dementsprechenden Kartellgesetzes, durch das eine strenge Kontrolle der Tätigkeit der Kartelle unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen eingeführt wird.

Der Kongreß betrachtet die Lösung der Wohnungfrage als eine der dringlichsten Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung. Er verlangt die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes. Der Kongreß verlangt die Erneuerung der staatlichen Banföderung wenigstens in dem Umfange des Gesetzes vom Jahre 1922. Er erblickt darin ein Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Der Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei fordert die parlamentarischen Vertretungen und alle Organisationen der sozialdemokratischen Parteien auf, die Arbeiter-

klasse in ihren Lohnkämpfen nach Kräften zu unterstützen und im engsten Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen der Arbeiterklasse einzutreten. Er ruft die arbeitenden Menschen aller Nationen zum entschlossenen Kampf für ein größeres Stück Brot, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ihrer Lebenshaltung auf.

Der Sozialistenkongreß ruft zum Kampfe um die Sozialversicherung auf!

Entschliebung des ersten Kongresses der sozialdemokratischen Parteien aller Nationen der Tschechoslowakei zum Angriff auf die Sozialversicherung.

Von dieser Tagung des gemeinsamen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik, dem heute die volle Aufmerksamkeit des In- und Auslandes zugewendet ist, verkünden wir der gesamten Öffentlichkeit, daß in der Tschechoslowakischen Republik, in deren Hauptstadt im Jahre 1924 der erste internationale sozialpolitische Kongreß einberufen wurde, weil die Republik verhältnismäßig rasch soziale Reformen durchgeführt hatte, insbesondere weil sie die Sozialversicherung verwirklicht hatte, — die Bourgeoisie aller Nationen sich verbunden hat, um dieses größte sozialpolitische Werk zu vernichten. Wir verkünden der gesamten Öffentlichkeit, daß diese Bourgeoisie der geschehenden Körperlichkeit den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Sozialversicherung vorgelegt hat, daß sie beabsichtigt zwei Fünftel der Versicherten aus der Versicherung auszuschließen, und zwar jene Arbeiterschichten, die am meisten der Versicherung bedürfen, daß sie die finanziellen Grundlagen der Versicherung vernichten und daß sie sich des Einflusses der Arbeiter auf die Versicherungsanstalten entledigen und diese Arbeiterinstitutionen vollkommen der Bourgeoisie ausliefern will.

Dieser Angriff der Bourgeoisie auf die Sozialversicherung war so frech, daß er die gesamte Arbeiterschaft der Republik zum verzweifeltsten Wider-

stande vereinigte. Wir haben auch die gesamte unbefangene Öffentlichkeit, die der Arbeiterklasse angehört, überzeugt, daß die Verwirklichung der realistischen Pläne der Bourgeoisie unabsehbare soziale und politische Folgen haben müßte.

Die Sozialdemokratie, die wie immer die Interessen der Arbeiterklasse sorgfältig betreut, hat sich an die Spitze dieses Kampfes gestellt. Unter den Schlägen, die sie dem jetzigen Regime in den letzten Wochen vorgelegt hat, beginnen ihre kühnen Pläne bereits zu wanken.

Wir erklären, von dieser Stelle, daß wir den Kampf zum Schutz der Sozialversicherung mit unermüdlicher Begeisterung weiterführen und daß wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes in der Tschechoslowakischen Republik in Bewegung setzen werden, um den verbrecherischen Angriff auf die Sozialversicherung abzuschlagen.

Gleichzeitig geben wir der Arbeiteröffentlichkeit bekannt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Nationalversammlung Anträge nach Verbesserung der Sozialversicherung eingebracht haben. So wie wir die Arbeiterschaft in den Kampf gegen die Verschlechterung des Gesetzes aufrufen, so rufen wir sie auch zum Kampfe für diese auf Verbesserung des Gesetzes abzielenden Anträge.

Der Ruck nach links.

Glänzender Erfolg der S.P.D. bei den Mecklenburger Landtagswahlen.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Einen glänzenden Erfolg hat die deutsche Sozialdemokratie bei den gestrigen Neuwahlen zum Mecklenburg-Strelitzer Landtag erzielt. Wenn das Land auch nur wegen seiner Kleinheit von untergeordneter Bedeutung ist, so ist doch das Wahlergebnis von Bedeutung für die Stimmung der Bevölkerung besonders in den agrarischen Gebieten. Seit 3. Juli des Vorjahres liegen die sozialdemokratischen Stimmen von 15.306 auf 19.264, die Mandatszahl von zwölf auf dreizehn. Die Kommunisten gingen von 4172 auf 3564 zurück, ihre Mandatszahl von drei

bleibt bestehen. Die Deutschnationalen konnten trotz einer ungeheuren Agitation ihre Stimmzahl noch gerade halten; infolge der um rund 15 Prozent größeren Wahlbeteiligung ging aber ihre Mandatszahl von zehn auf acht zurück. Nur die Listenverbündeten, die die bürgerlichen Parteien unter sich eingegangen waren, verhinderte einen noch stärkeren Rückgang der Zahl ihrer Mandate. Auch im Freistaat Lippe konnte die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen ihre Stimmzahl fast überall wesentlich erhöhen; in einer Reihe von Ortschaften hat die Sozialdemokratie die Mehrheit erobert.

Deutschland besteht auf der Rheinlandsröumung

Ohne jede weitere Gegenleistung.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Der Reichstag hat heute die Beratung des Etats des Auswärtigen begonnen. Sie wurde von Stresemann mit einer längeren Rede eingeleitet, die an zwei Stellen besondere Aufmerksamkeit erregte. Das erste Mal, als sich Stresemann gegen den Deutschen Landbund wandte, der eine demagogische Heße gegen die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen entfacht. Er erklärte, daß die Regierung einmütig für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages sei. Dann wendete er sich gegen die Rede, die Paul Boncour vor kurzem über die Rheinlandsröumung gehalten hat. Stresemann lehnte jede Bindung ab, die über den Vertrag von Locarno hinausgehe. Dieser Vertrag, in dem sich Deutschland verpflichtet, Frankreich nicht anzugreifen, biete schon alle Sicherheiten, die ein Staat dem andern geben könne. Wenn man nicht das Ver-

trauen habe, daß ein abgeschlossener Staatsvertrag auch gehalten wird, dann habe es überhaupt keinen Zweck, Verträge abzuschließen. Deutschland fordere die Rheinlandsröumung, weil es in der Fortdauer der Besetzung eine unüberwindliche Hemmung der deutsch-französischen Verständigung sehe; es sei aber keinesfalls gewillt, die Abkürzung der Besetzung mit dauernden Verpflichtungen zu erkaufen, die über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgingen.

In der Debatte stellte Genosse Breitscheid fest, daß die deutsche Sozialdemokratie auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Lugano im Jahre 1926 keine der Konzeptionen gemacht habe, von der Paul Boncour sprach. Die deutsche Sozialdemokratie stehe auf dem Standpunkt, daß Deutschland einen Anspruch auf Aufhebung der Rheinlandsbesetzung habe.

Deutsch-litauischer Schiedsvertrag.

Berlin, 29. Jänner. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras über den deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag sind heute zum Abschluß gebracht worden. Der Vertrag wurde bereits unterzeichnet. Dr. Stresemann wird morgen im Reichstag eine große außenpolitische Rede halten, in der er auch über die Verhandlungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten und über den Schiedsgerichtsvertrag berichten wird. Woldemaras ist heute abends von Berlin nach Rom abgereist.

In den Armen liegen sich beide . . .

Große Veröhnungstomödie im Zentrum.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Die Tagung der Parteikonferenz des Zentrums hat, wie vorausgesehen war, mit einer allgemeinen Veröhnung geendet. Erst hielt Dr. Marx eine längere Rede, in der viel von dem sozialen Charakter der Partei die Rede war. An der Aussprache beteiligten sich dann auch die christlichen

Der Streik der Berliner Werkzeugmacher

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Die Berliner Werkzeugmacher stehen seit einiger Zeit in einer Lohnbewegung. In einer überfüllten Versammlung wurde beschloffen, das von den Unternehmern gestellte Angebot abzulehnen und in den nächsten Tagen in den Betrieben eine Abstimmung darüber vorzubereiten, ob in den Streik getreten werden soll. Es ist anzunehmen, daß die übergroße Mehrheit der Werkzeugmacher sich für den Streik aussprechen wird.

Die katholischen Arbeiter erwachen.

Ein Begrüßungsschreiben christlicher Arbeiter an unseren Kongreß.

Die reichsdeutsche Zentrumspartei hat, wie wir vor wenigen Tagen in einem Leitartikel darlegten, in den letzten Wochen eine schwere innere Krise durchlebt. Die rheinischen und westfälischen Arbeiter, die in der Zentrumspartei organisiert sind, haben sich entschieden gegen die kapitalistische Politik ihrer Partei ausgesprochen. Sie, die als Erben einer jahrhundertalten Tradition, auf dem Boden der alten Bestäumer Röst und Münster siedeln, wo man katholisch sein mußte, mit katholischen Einwanderern (Polen) vielfach vermischt, treue Anhänger des katholischen Glaubens sind, wählten in der Zentrumspartei bisher auch ihre sozialen Interessen gewahrt. Das Zentrum war immer eine antihobbesianische Partei und war am Aufbau der Republik in hervorragendem Maße beteiligt. Seit es aber mit den deutschen nationalen Junkern und Unternehmern die Regierung bildet, ist es antisozial geworden. Darum rebellieren die Zentrumsarbeiter. Und ist auch der Sturm beschwichtigt worden, er wird bei der nächsten Gelegenheit wieder den „Zentrums-Turm“ erschüttern.

Daß auch bei uns die reaktionäre Politik der Christlichsozialen und tschechischen Merkmalen nicht ohne Eindruck auf die Arbeiterschaft geblieben ist, haben die Gemeindevahlen mit wünschenswerter Deutlichkeit bewiesen. Aber nicht nur die Proletariat, die sich soweit von der Vormundschaft der Kirche befreit haben, daß sie ein klares Bekenntnis zu ihrer Klasse und zur Sozialdemokratie abzugeben wagen, sind den Merkmalen untreu geworden, auch in den Reihen der unbedingten katholischen Arbeiterschaft gärt es. Das erfährt man neuerlich durch ein Begrüßungsschreiben, das die „unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei“ dem proletarischen Einheitskongreß übersandten. Waren uns auch die Grundzüge dieser sehr regen und mutigen Gruppe, die den tschechischen Volksparteikern arg zusetzt, nicht unbekannt, so überraschte doch der Inhalt des Begrüßungsschreibens. Es heißt darin:

„Unzweifelhaft, daß man die soziale Gerechtigkeit nur durch ein Programm der nationalen und religiösen Verträglichkeit erreichen kann, hofft der Volkspartei der unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei auf eine wirkliche Zusammenarbeit aller staatsbildenden Parteien, welche das Recht der Schwachen und Bedrückten schützen.“

Indem wir auf unserem kulturellen Standpunkt, der uns vielleicht in manchen Fragen trennt, unerschütterlich stehen, halten wir es für notwendig, auf sozialem Gebiete eine gemeinsame Grundlage für den sicheren Schutz der Interessen der arbeitenden Schichten zu legen. —

Die unabhängigen christlichen Arbeiter haben durch diesen Schritt den Proletariern, die heute noch in den Reihen der Merkmalen stehen, ein Beispiel gegeben, das Nachfolge finden muß und finden wird. Der Kampf der Unabhängigen gegen die Politik des Zentrums, den sie programmgemäß führen, wird wohl nicht dazu führen, daß die merkmalige Volkspartei eine soziale Politik macht, er wird aber die Arbeiter aufklären über den wahren Charakter der merkmaligen Politik, über die Rolle, die in der gegenwärtigen Koalition die beiden merkmaligen Parteien spielen, und er wird sie auf rütteln aus ihrer gottgegebenen Geduld, mit der sie all das Unrecht tragen, das ihnen ihre Partei zufügt. Es wird nur an unserer Agitation, am Kampfe unserer Vertrauensmänner in den Betrieben, an der Aufklärungsarbeit vor allem, die unsere Genossen von Frau zu Frau

zu leisten haben, liegen, daß die Aktion der tschechischen christlichen Arbeiter auch im deutschen Lager ein Echo finde.

Es scheint, daß unsere Christlichsozialen die Morgendämmerung fürchten und langsam wieder umzufallen beginnen. Nicht als ob sie gewillt wären, ihre Politik zu ändern und der sozialen Reaktion Widerstand zu leisten; es geht ganz nach ihrem Herzen, wenn die Arbeiterschaft verendet. Aber sie suchen mehr als bisher ihren antisozialen Kampf zu kaschieren, indem sie wieder so tun, als ob sie sich um die Interessen der Arbeiter bemühten.

In der „Deutschen Presse“ und im Jägerndorfer „Volk“ erscheint ein Artikel, der unsere Sozialversicherung mit der reichsdeutschen vergleicht, die Vorteile der deutschen, ihre viel größeren Leistungen vor allem, ihre Dezentralisation hervorhebt und meint, in dieser Richtung müsse sich die Reform unserer Sozialversicherung bewegen. Nun wissen wir doch, daß die „Reform“ der Sozialversicherung, die unser Völkergesetz plant, gerade das Gegenteil will; Herabsetzung der „Lohnen“ und Leistungen, Ausdehnung der Arbeitsschichten, Zentralisierung und Beseitigung der Selbstverwaltung sind die Ziele der Reform des Paters Sramel. Sollen wir anlässlich dieser schandlosen Augenwischerei, mit der die christlichsoziale Presse jetzt über die Sünden ihrer Partei hinwegzukommen sucht, daran erinnern, was die Merkmalen früher über die Sozialversicherung sagten?

Im November 1926 hat die „Grenzpost“, das Blatt des Paters Fritscher, erklärt, die merkmaligen Parteien hätten nur „unter dem Druck der damals so mächtigen Sozialdemokraten“ für die Sozialversicherung gestimmt! (Da die merkmaligen Abgeordneten niemand drücken oder zwingen konnte, anders zu stimmen, als sie es meinten, soll das wohl heißen, daß sie nur aus Demagogie für die Sozialversicherung stimmten!) Das Blatt des geistlichen Herrn meinte damals, es gebe unter dem Gefilde „genug geistig minderwertige Leute“, und der Bauer sei „verurteilt, solche hohe Prämien für sie zu zahlen“. Der Lehrling, hieß es in eben diesem Artikel, arbeite nur fünf Tage, für sieben aber müsse er bezahlt werden, und nun komme noch die Prämie dazu. Als „Weihnachtsgeschenk“ erwarteten damals, laut diesem Artikel, die frommen Herrschaften die Verschlechterung der Sozialversicherung, die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Lehrlinge!

In noch besserer Erinnerung dürfte sein, was der „Arbeitervertreter“ Rajicek in der christlichsozialen Presse Ende Oktober über die Sozialversicherung schrieb. Auch er setzte sich damals für die Ausschließung der Lehrlinge, Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeiter ein, schrieb in äußerst anmaßendem Ton über die aufzuhebende Selbstverwaltung und redete dem Regierungsamt das Wort. „Gründlich und unerträglich Ordnung zu machen“ stellte er als Aufgabe der Bürgerschaft hin und hob die Arbeiter ob ihrer Schmach.

Nun, da es ihnen ungemütlich wird, möchten die Christlichsozialen wieder soziale Genügnung vor-täuschen. Es soll ihnen nicht durchgehen und der Abfall der Arbeiter wird ihnen nicht erspart bleiben. Der Brief der tschechischen christlichen Arbeiter an unseren Kongreß ist ein verheißungsvolles Symptom. Wir werden dafür sorgen, daß auch unter den deutschen katholischen Arbeitern die Wahrheit über das merkmalige Christentum Verbreitung finde!

Christliche rüftet zu den Gemeindevahlen.

Am 19. Feber d. J. finden in ganz Bulgarien Dorfgemeindevahlen statt. Schon jetzt trifft die christliche Bewegung „Rajnahnen“, um die Wahlen „um jeden Preis“ zu gewinnen.

Der Feldzug hat bereits begonnen. Eine Änderung der Wahlgesehe wurde vorgenommen. Konferenzen der Präfekten haben stattgefunden unter der Parole der „Verfolgung der Konspiranten und Räuber“. Die Dorfer sind überfüllt von Polizei und Geheimagenten.

Die oppositionelle Presse meldet die ersten Proteste aus diesen Dörfern. So z. B. ist das Dorf Jdravetz (Bezirk G. Djumaja) von Polizei, Kriminalbeamten und Militär blockiert. Man terrorisiert die Bevölkerung und schließt in sie. Viele Dorfbewohner werden so zur Flucht gezwungen, werden aber dann als „Räuber“ für vogelfrei erklärt und können dann „gerechtfertigter“ Weise erschossen werden.

In Auka wurden die oppositionellen Gemeinderäte in der Nacht verhaftet und in die Berge gebracht. Sie wurden dort zur Unterfertigung einer Demissionserklärung gezwungen, womit der Grund zur Auflösung des Gemeinderates gegeben war.

Ähnliches wird aus Stanimaka, Pambol und anderen Orten gemeldet. Die Bauernzeitung „Zemledelsto Wasragdan“ wird seit einem Monat ununterbrochen beschlagnahmt.

Die Kampagne für Bujor.

Der politische Gefangene Bujor, der sozusagen Versinbildigung der rumänischen Schandjustiz geworden ist und der in grünen vollen Umständen nun schon bald zehn Jahre in den rumänischen Gefängnis-

sen physisch und geistig zerrutten wird, wurde Gegenstand einer „Untersuchungskommission über die Lebensbedingungen der politischen Gefangenen“, die durch die Arbeiterinternationale gemeinsam mit dem Antiradikalen Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzt wurde.

Die Persönlichkeit Bujors, der lange vor dem Kriege als Vertreter der rumänischen Sozialdemokraten auf internationalen Kongressen usw. bekannt war, einerseits um das Grauenhafte der Untersuchungsresultate, andererseits, aus denen zu ersehen ist, daß der wegen seiner Gutherzigkeit bekannte und beliebte Kämpfer mit allen Mitteln der moralischen Zurechtweisung der Obrigkeit gefoltert wird, bewegte auch Kreise, die außerhalb der Arbeiterbewegung stehen. Die „Manchester Guardian“ brachte große Auszüge aus den Resultaten der Untersuchung und in Rumänien geht jetzt eine Polemik zwischen Regierung und Linkspresse vor sich, weil diese die Rechtfertigung der Untersuchungskommission bestätigt.

Dabei kam es heraus, daß die Sowjetregierung vor einigen Jahren schon der rumänischen Regierung das Archiv der rumänischen Akademie, das sich in Moskau befindet, gegen die Freilassung Bujors offeriert habe.

So schauerhaft wütet die Rache der rumänischen Vojaren, daß die Sowjetregierung, euglich-bürgerliche Presse und Sozialistische Internationale gegen sie anzustürmen in die Lage kommen.

Kunst und Wissen.

Arbeiter-Vorstellung „Der Vögel“. Zeiten ist ein Kunstwerk aus seinem inneren Wesen heraus so revolutionär wie Hauptmanns Diebeskomödie, die verabschiedete Schlanke im Kampfe mit dem Übergehaltstaate und primitivem Gerechtigkeitsgefühl im Ringen mit einer Unrechtsordnung zeigt, der es eben auf seine Art beizukommen trachtet. Zu einer Arbeiter-Vorstellung ist solch eine Aufführung geradezu prädestiniert. Die Reaktionen der Medelsky hat seit den ersten Aufführungen unzweifelhaft noch an Dialektischerheit und Echtheit gewonnen; sie wirkte mit jeder Gedärde überzeugend und rief das Publikum vom ersten Akt an zu starken Beifalls- und Beifallstößen hin. Gd als Beifall und Stiller als Dürst, von Unterblühlichkeit, repräsentierten das Gegenteil drastisch und stückgemäß. Fischer-Streitmänn, Reinhardt, Bauer, Rantsch, sehr nett Margarete Schell, die Dize, Hopsky und statt Vieles Karl Strauß als Mittelstück waren an dem besonderen Erfolg dieser Aufführung, der das ausverkaufte Haus in bester Komödienstimmung folgte, beteiligt. — Da es sonst nichts zu tabeln gibt, sei es gerügt, daß nicht nur bei dieser Arbeiter-Vorstellung unangenehm aufstieß: das Zuspätkommen eines guten Viertels der Besucher. Diese Unart bürgerlicher Theaterbesucher, Nachkommung vor der Kunst und Rücksichtslosigkeit gegen den Mitbesucher verrätend, sollte doch in unseren Arbeiter-Vorstellungen abgestellt werden. Es wird nicht schaden, wenn das Publikum durch rechtzeitiges und unachtsichtiges Schließen der Saaltüren zur Ordnung erjogen wird. Das Zuspätkommen wird unerträglich, wenn einzelne, die ihre Plätze nicht finden, vorn in den Gängen einen ganzen Akt lang stehen bleiben, wie es Sonntag geschah.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag.**
Graben 25, Kl. Bazar.

Dirigentenberufung an die Wiener Staatsoper. Clemens Krauß, der bis jetzt als Intendant am Frankfurter Opernhaus wirkte und seinerzeit schon Kapellmeister am Wiener Opernhaus war, ist als erster Dirigent der Wiener Oper verpflichtet worden. Diese Berufung wird damit begründet, daß die Verhandlungen mit Wilhelm Furtwängler, der für diese Stellung in Aussicht genommen war, zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Der letzte Ritter, das mit großem Beifall aufgenommene Dispositionstrindberg, als lebende Arbeiter-Vorstellung am Sonntag, den 12. Jänner, um halb 3 Uhr nachmittags im Deutschen Theater. Karten täglich bei Optiker Deutsch, Graben 25.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, 7½ Uhr: „Der letzte Ritter“ (98—2). Mittwoch, 7 Uhr: „Sirkusprinzessin“ (96—4). Donnerstag, Festvorstellung, 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“. Freitag, 7 Uhr: „Diebeslust“ (97—1). Samstag, Premiere, 7 Uhr: „Leontie“ (99—3). Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; nachm.: „Sommernachtsstraum“; 7½ Uhr: „Fallstaff“ (100—4). Montag, 7½ Uhr: „Katja Kabanowa“ (101—1).

Spielplan der Kleinen Bühne. Dienstag: „Olga von der Wolga“. Mittwoch, Bankbeamtin II: „Du wirst mich heiraten“. Donnerstag: „Bunbury“. Freitag: „Vögel“. Samstag: „Olga von der Wolga“. Sonntag, nachmittags: „Olga von der Wolga“; abends: „Opungie“. Montag, Bankbeamtin I: „Stöpsel“.

Spielplan des tschechischen Nationaltheaters. Dienstag: „Sadko“. Mittwoch, nachm.: „Kusalka“; abends: „Die verkaufte Braut“. Donnerstag: „Zwischen tanzen den Kleiden“. Freitag: „Sadko“. Samstag, nachm.: „Der Jakobiner“; abends: „Tannhäuser“. Sonntag, nachm.: „Der Schwanensee“; abends: „Sadko“. Montag: „Salome“. Dienstag: „Maman Kinov“. Mittwoch, nachm.: „Der Ja-

„Jakobiner“ abends: „Die Moral der Frau Dulka“. **Spielplan des Ständetheaters.** Dienstag: „Die Moral der Frau Dulka“. Mittwoch, nachm.: „Auf den Meeren“; abends: „Der Film“. Donnerstag: „Die Stimme von Portici“. Freitag: „Der Diktator“. Samstag, nachm.: „Leontie“; abends: „Der Film“. Sonntag, nachm.: „Unser Herr Pfarrer“; abends: „Die Moral der Frau Dulka“. Montag: „Der kindische Vater“. Dienstag: „Vögel“. Mittwoch, nachm.: „Die Kraft der Reflexe“; abends: „Eva“.

Kleine Chronik.

Fischleder. Als Ersatz für Rindsleder und andere Lederarten wird jetzt in den Vereinigten Staaten sowie in Japan Fischleder immer mehr für militärische Ausrüstungen und Pferdegeschirr benutzt. Sachverständige sagen, daß es den üblichen Lederarten in keiner Weise nachsteht, dahingegen aber im Preis viel billiger ist. Der Hauptfisch, aus dem es aus den Häuten von Haifischen, Delfinen und Schwimmschnecken hergestellt.

Turnen und Sport.

Die Winterportwettkämpfe des Verbandes der D.T. in Groß-Hammer.

Sonntag, den 29. Jänner fanden die Winterportwettkämpfe der tschechischen Turngenossen (D.T.) in Groß-Hammer ihren Abschluß. Samstag, den 28. und Sonntag herrschte günstiges Wetter und alle Wettkämpfe verliefen äußerst gut. Die Beteiligung an Wettkämpfer und Wettkämpferinnen war äußerst stark: im ganzen starteten 141, davon 21 Genossen und drei Genossinnen des Aufstiegs Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, die auch zum Großteil ehrenvoll abschritten. Eine gute Leistung bot Genossin Selma Berner (Marienberg, Aufstiegs Verband), die im 12 Kilometer-Langlauf für Männer außer Konkurrenz startete. Sonntag vormittags fanden Rodelwettkämpfe und der 12-Kilometer-Lauf ein zahlreiches Publikum. Nachmittags kamen dann die Sprünge zum Austrag, bei denen die Genossen des Aufstiegs Verbandes sehr gut abschritten. 2000 Zuschauer umgaben die Sprunghänge. Die Organisation der Wettkämpfe war gut und lag in Händen der Mitglieder der D.T. von Groß-Hammer, denen auch der Verbandsvorstand der D.T., Genosse Vrazek, den Dank aussprach. Nach Schluß der Wettkämpfe fand im „Dobry dum“ in Groß-Hammer eine gemütliche Zusammenkunft statt, in der auch die Sieger verabschiedet wurden.

Die Ergebnisse der Wettkämpfe.

20 Kilometer-Lauf für Männer: 1. Konfil Josef (Morchenstern, D.T.) 2:08.10; 2. Jirous Anton (Mähna, D.T.) 2:12.35; 3. Mauer Matthias (Zaus, D.T.) 2:16.30.

12 Kilometer-Lauf für Männer: 1. Karstl Ant. (Mähna, D.T.) 1:18.13; 2. Thomas Alfons (Marienberg, Aufstiegs Verband) 1:14.17; 3. Mauer Matthias (Zaus, D.T.) 1:18.19. — Außer Konkurrenz: Selma Berner (Marienberg, Aufstiegs Verband) 1:32.11.

4 Kilometer-Hindernislau für Männer: 1. Matthias Mauer (Zaus, D.T.) 21:44; 2. Ernst Berner (Marienberg, Aufstiegs Verband) 22:03; 3. Otto Allmann (Georgenthal, Aufstiegs Verband) 22:12.

Robeln über 3 Kilometer für Männer: 1. Voh. Pablata (Unter-Morchenstern) 11:07; 2. Karl Ziela (Groß-Hammer) 11:13; 3. Emil Dubsky (Unter-Morchenstern) 11:18. Alle Mitglieder der D.T.

Sprünge für Männer: 1. Josef Sosa (Unter-Morchenstern, Aufstiegs Verband) 17.333 Punkte; 2. Walter Feix (Dessendorf, Aufstiegs Verband) 17.083 P.; 3. Wilhelm Zifka (Groß-Hammer, D.T.) 16.416 Punkte.

6 Kilometer-Lauf für Frauen: 1. Ella Thomas (Marienberg, Aufstiegs Verband) 35:24; 2. Selma

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Mittwoch, den 1. Jänner um halb 8 Uhr im Verein deutscher Arbeiter Vortrag der Genossin Abg. Kirpal Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder Pflicht. Parteigenossen und -Genossinnen herzlich willkommen. Am Dienstag, den 31. Jänner findet keine Ausschusssitzung statt. Am Donnerstag, den 2. Jänner besuchen alle Mitglieder den Familienabend der Partei im Dobrovody dum, Pershyn.

Genossen! Ihr müßt nicht ausbleiben! 14 r
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Haben in Ihrer Gemeinde schon alle Funktionäre ihr kommunalpolitisches Blatt?

In vielen Gemeinden wurde schon beschlossen, allen Gemeindefunktionären, ohne Unterschied der Partei, ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl des betreffenden Funktionärs, auf Gemeindefkosten zuzustellen.

Ein derartiger Beschluß ist zweifellos sehr wichtig, weil so eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung ist, für die Schulung der tätigen Gemeindefunktionäre zu sorgen und ihnen wenigstens einen kleinen Teil der zu ihrer ständigen Information nötigen Beihilfe zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn in eurer Gemeinde ein derartiger Beschluß noch nicht besteht, so stellt einen diesbezüglichen Antrag!

Jedem sozialdemokratischen Gemeindefunktionär sein Blatt „Die Freie Gemeinde“

feret. — Die große Anziehungskraft der Prager Spiele: 12.000 Zuschauer!

Sonstige Resultate. Prag: C.B.C. gegen Z.N. Kladno 5:5 (4:1). — Budapest: Hungaria gegen Kispesti 4:1, Vasas gegen B.A.K. 6:3. — München: Wacker gegen 1. FC Nürnberg 3:2. — Worms: SpVg. Mühl gegen Wormatia 0:0. — Berlin: Tennis Borussia gegen Union Oberschöneweide 4:0, Hertha-BSC. gegen Blau-Weiß 5:1. — Karlsruhe: Phönix gegen 1860 München 2:1. — Mannheim: Bayern München gegen SV 5:2. — Wien: Hertha gegen Vienna 3:2, Rapid gegen Slovan 2:2, Rapid gegen B.A.C. 6:2, Sportklub gegen Wacker 3:2.

Winterport.

Die Europameisterschaft im Eislaufen wurde Sonntag in Troppau beendet. Europameister blieb wiederum der Wiener Ing. W. Bödl. Zweiter wurde der Wiener Schäfer, der ein scharfer Konkurrent Bödls war. Die Damen-Meisterschaft gewann Melitta Brunner (Wien) vor Edith Secht (Budapest).

Eishockey. Stockholm: Schweden gegen Finnland 8:1. — Berlin: Deutsche Nationalmannschaft gegen Pariser Canadains 6:0. — Wien: Wiener Eislaufverein gegen englische Nationalmannschaft 6:2. — Troppau: Eislaufverein gegen Budapest Eislaufverein 2:2.

Verichtung einer Sportplatztribüne durch Sturm. Anfang Jänner wütete ein derartiger harter Sturm in Temesvár, daß ganze Bäume und Häuserdächer heruntergerissen wurden. Leider mußte die Tribüne des Temesvárer Arbeitersportplatzes auch leiden. Der wütende Sturm rief das Dach los und demolierte sie derart, daß heute nur noch Trümmer vorhanden sind.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Die Deutsche Zeitungs-Abdruck-Gesellschaft in Prag für den Druck verantwortlich: Otto Gollthies.
Die Zeitungsdruckkosten wurden von der Verlagsanstalt in Teplitz-Schönau übernommen.

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Prospekten, Faltblättern, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU TISCHLERGASSE NR. 6

Sind unsere Ahnen unser Schicksal?

Von Ernst Mühlbach.

Oft wird in Unterhaltungen über die Vererbung besonders von Krankheiten behauptet, daß „unsere Ahnen unser Schicksal“ sind. Manche von uns könnten dank besonderer Veranlagung ihrer Vorfahren das Schicksal des irdischen Daseins in vollen Zügen genießen, während andere dagegen verurteilt seien, dauernd auf der Schattenseite des Lebens zu leiden. Die Erbabhängigkeit von den Voretern wäre ein unabwendbares Schicksal, ein Glücksumhang für die einen, ein tragisches Geschick für die anderen. Wird diese weitverbreitete Meinung auch durch die Wissenschaft bestätigt? Oder vermag diese Beobachtungen und Tatsachen anzuführen, welche die Abhängigkeit des einzelnen Menschen von seinen Vorfahren doch nicht so ganz unabänderlich erscheinen lassen?

Die neuere Vererbungslehre konnte feststellen: die persönlichen Eigenschaften eines jeden Lebewesens, seine Erscheinungsform, werden verursacht durch ein Zusammenspiel von Einzelheiten der gesamten erblichen Veranlagung, der Veranlagungsform, mit allen Umständen der Lebenslage.

Veranlagungsform und Erscheinungsform sind also scharf auseinanderzuhalten; viele Einzelheiten der Veranlagungsform treten in der Er-

scheinungsform deshalb nicht hervor, weil die besonderen Verhältnisse der Lebenslage, die zu ihrer Erwerbung notwendig gewesen waren, nicht eingetreten sind. So umfaßt die Veranlagungsform eines jeden Menschen ungeheuer viel mehr Anlagen, als die uns entgegentretende Erscheinungsform vernimmt läßt. Darunter finden sich auch viel Erwünschtes, Wertvolles, denn „in jedem Menschen ruht ein guter Kern“. Am stärksten betont und deshalb auch am leichtesten unter ähnlicher Lebenslage zu erwecken, sind solche Anlagen, die bei Eltern und Voretern in den Erscheinungsformen deutlich hervortraten.

Die Veranlagungsform jedes einzelnen Menschen ist so naturgemäß eigenartig und als etwas Gegebenes zu betrachten. Denn bisher konnte noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, ob und in welcher Weise die Veranlagungsform beim Menschen verändert werden kann, ob also eine Vererbung erworben oder Eigenschaften, die schon für die nächste Generation von besonderer Bedeutung wäre, als sicher anzunehmen ist.

Veränderlich ist dagegen in der Regel die Lebenslage, in vielen Einzelheiten, z. B. Ernährung, Kleidung und Körperlage, meist durch den Willen des einzelnen selbst, in anderen Einzelheiten, z. B. Wohnung, Beruf und soziale Stellung, durch das Gesamtverhalten menschlicher Gemeinschaften. Am Beispiele seines eigenen Lebens kann jeder die Wirkung der Umweltverhältnisse einigermaßen abschätzen. Was der einzelne Mensch der Lebenslage seiner Mutter während

seines Heranwachsens, seiner Kinderzeit, den wirtschaftlichen Verhältnissen seines Elternhauses und seiner Heimat, seiner besonderen Erziehung und Schulung aber auch besonderen persönlichen Erlebnissen zuschreiben kann oder muß, all das ist in seiner Wirkung auf seine Erscheinungsform ungefähr zu überblenden. So ergibt sich die Aufgabe, für jeden einzelnen Menschen dauernd die Lebenslage zu ergründen und zu verwirklichen, die aus seiner Anlageform die beste Erscheinungsform zu wecken geeignet ist; ihre Lösung erstrebt die in den Beobachtungen und Folgerungen der Vererbungslehre begründete Rassenhygiene.

Wenn wir früh aus dem Bett springen, gymnastische Übungen ausführen und uns mit kaltem Wasser abreiben, so treiben wir persönliche oder Individualhygiene; wenn Gemeindevorstellungen bemüht sind, für rasche Beseitigung von Asche und Abfällen, für gute Kanalisation und gesunde Trinkwasser zu sorgen, so ist das Gesellschafts- oder Sozialhygiene; wenn aber persönlich oder gesellschaftlich Maßnahmen ergriffen werden, die z. B. durch Eheberatung und durch Verbesserung der Lebenslage werdender Mütter eine Wohlzeugung erstreben oder bei den Kindern durch veränderte Ernährungsweise das Auftreten bei den Eltern beobachteter Stoffwechselkrankheiten (Gicht, Gallensteine) vermeiden wollen oder durch Beförderung sittlich gesünderer Kinder in eine andere Umwelt deren „guten Kern“ zur Entwicklung zu bringen trachten, wenn es sich also um Maßnahmen handelt,

die erst in der nachkommenden Generation ihre volle Auswirkung erfahren, so ist das Rassenhygiene.

Ab und zu werden einzelne durch Minderwertigkeiten besonders Belastete zum Vorteile der Menschheit unfruchtbar gemacht werden müssen. Ein solches Ausstufen unerwünschter Anlagen ist aber deshalb nicht leicht, weil sie als schlußendlich oft recht weit verbreitet sind. Der vor kurzem verstorbene dänische Vererbungsforscher Johannsen wies in diesem Zusammenhange darauf hin, daß ein abnormer Mensch bestimmter Art unter 10.000 Fällen die unerwünschte Anlage bei jedem 100. Menschen vorantreibt, denn ein Hundertstel mal ein Hundertstel gäbe ja ein Zehntausendstel! Um eine völlige Ausrottung solcher Abnormalitäten zu erreichen, müßten also Tausende von Familienreihen unfruchtbar gemacht werden, ein Ding der Unmöglichkeit!

Trotzdem brauchen wir der eingeangenen Frage nicht pessimistisch gegenüberzustehen. Vielmehr berechtigen die in ihrer hohen Bedeutung für die Erscheinungsform des Menschen erkannten Umweltverhältnisse in rassenhygienischer Beziehung zu einem gesunden Optimismus dann, wenn wir gewillt sind, auch aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen die praktischen Nutzenanwendungen zu ziehen, wenn wir das streben, daß jeder einzelne Mensch Lebenslagen findet oder sich schaffen kann, die eine Entfaltung wertvoller Anlagen in seiner Erscheinungsform ermöglichen.